

# **DIE ÖKONOMISCHEN EFFEKTE DER PANDEMIE: EINE ÖSTERREICHISCHE ANALYSE**

**VON JESÚS HUERTA DE SOTO**

(Aufsatz verfasst vom 26. Dezember 2020 bis 27. Januar 2021)

## **Einleitung: Wiederkehrende Boom- und Bust-Zyklen versus einmalige Krisen aufgrund außergewöhnlicher Phänomene**

Traditionell haben die Theoretiker der Österreichischen Schule den wiederkehrenden Zyklen von Aufschwung und Rezession, die unsere Volkswirtschaften heimsuchen, besondere Aufmerksamkeit gewidmet, ebenso wie der Untersuchung der Beziehung zwischen ihnen und den Veränderungen der sie charakterisierenden Struktur der Kapitalgüterstufen. Die österreichische Konjunkturtheorie ist zweifellos einer der tiefgehendsten analytischen Beiträge der Schule. Dank dieser Theorie konnte erklärt werden, wie die Prozesse der Kreditausweitung, die von den Zentralbanken vorangetrieben und orchestriert und vom privaten Bankensektor ausgeführt werden, der mit einem Teildeckungssatz agiert und Geld aus dem Nichts in Form von Einlagen erschafft, das er durch Kredite an Unternehmen und Wirtschaftsakteure in das System einspeist, ohne zuvor einen realen Anstieg der freiwilligen Ersparnisse erzeugt zu haben, systematische Investitionsfehler induzieren, die eine nicht nachhaltige Produktionsstruktur erzeugen. Dadurch werden künstlich vielfach zu kapitalintensive Projekte forciert, die erst in einer fernerer Zukunft reifen könnten, aber leider nicht realisiert werden können, weil die Wirtschaftssubjekte nicht bereit sind, sie durch Verzicht auf unmittelbaren Konsum (d.h. Sparen) im erforderlichen Umfang zu unterstützen. Aus diesem Grund kommt es unweigerlich zu Umkehrprozessen, die die getätigten Investitionsfehler und die Notwendigkeit aufzeigen, diese als solche anzuerkennen, nicht nachhaltige Projekte aufzugeben und die Wirtschaft umzustrukturieren, indem die Produktionsfaktoren (Kapitalgüter und Arbeit) massiv von dort, wo sie fälschlicherweise eingesetzt wurden, in neue, weniger ehrgeizige, aber wirklich profitable Projekte verlagert werden. Die Wiederkehr des zyklischen Phänomens erklärt sich einerseits durch die

grundsätzlich instabile Natur des Teildeckungsbankwesens als Hauptproduzent von Geld durch Kreditausweitung. Andererseits erklärt sich der Zyklus auch durch die weit verbreitete inflationäre Voreingenommenheit von Wissenschaftlern, politischen Entscheidungsträgern, wirtschaftlichen und sozialen Akteuren und vor allem Zentralbanken, die der Ansicht sind, dass wirtschaftlicher Wohlstand ein kurzfristig und um jeden Preis zu verfolgendes Ziel ist, und dass die Geld- und Kreditspritze ein Instrument ist, auf das niemals verzichtet werden kann. Deshalb erliegen die Verantwortlichen, sobald der Aufschwung begonnen und sich konsolidiert hat, früher oder später wieder den alten Versuchungen und rechtfertigen im Nachhinein eine Politik, die immer wieder gescheitert ist. So beginnt der ganze Prozess von Expansion, Krise und Rezession von neuem, und so weiter und so fort.

Obwohl österreichische Ökonomen die Reformen vorgeschlagen haben, die notwendig wären, um den *wiederkehrenden* Zyklen ein Ende zu setzen (im Wesentlichen die Abschaffung der Zentralbanken, die Reprivatisierung des Geldes – Wiedereinführung des Goldstandards - und die Unterwerfung des privaten Bankwesens unter die allgemeinen Prinzipien des Privateigentumsrechts - d.h. 100 Prozent Reservedeckung für Sichteinlagen und Äquivalente - ), haben sie immer den Vorbehalt gemacht, dass diese Reformen die Entstehung von Wirtschaftskrisen eines einmaligen, nicht wiederkehrenden Typs nicht verhindern könnten, wann immer, z.B. als Folge von Kriegen oder Kriegshandlungen, sich die Wirtschaft in einem Krisenzustand befindet. Als Folge z. B. von Kriegen, schweren politischen und sozialen Umwälzungen, Naturkatastrophen oder Pandemien kann es zu einem starken Anstieg der Unsicherheit mit plötzlichen Veränderungen der Geldnachfrage und schließlich der gesellschaftlichen Zeitpräferenzrate kommen, was sogar dauerhafte Veränderungen in der Produktionsstruktur der Kapitalgüterstufen induzieren kann.

In diesem Beitrag werden wir analysieren, inwieweit eine Pandemie wie die gegenwärtige, wie es sie im Laufe der Menschheitsgeschichte schon mehrfach gegeben hat, diese und andere wirtschaftliche Effekte auslösen kann und inwieweit das zwangsweise Eingreifen von Staaten die negativen Auswirkungen einer Pandemie abmildern kann oder ob diese Staatseingriffe im Gegenteil

kontraproduktiv sein könnten, indem sie diese negativen Auswirkungen verschlimmern und noch dauerhafter machen. Der Schwerpunkt unserer Analyse wird im ersten Teil auf der Untersuchung der möglichen Auswirkungen der Pandemie auf die Wirtschaftsstruktur liegen. Im zweiten Teil gehen wir dann von einer funktionierenden spontanen Marktordnung aus, die von der dynamischen Effizienz eines freien und kreativen Unternehmertums angetrieben wird, welches sich auf dezentrale Weise den Herausforderungen und Problemen widmet, die durch eine Pandemie entstehen.

Als Kontrast und Gegensatz dazu werden wir das Problem der Unmöglichkeit der Wirtschaftsrechnung und effizienter Ressourcenallokation analysieren, wenn Entscheidungen von politischer Seite von oben getroffen und aufoktroiert werden, d.h. auf zentralisierte Weise und unter Verwendung der systematischen Zwangsgewalt des Staates. Im dritten und letzten Teil dieser Arbeit werden wir den besonderen Fall der massiven Intervention der Regierungen und vor allem der Zentralbanken in die Geld- und Finanzmärkte untersuchen, die darauf abzielen, sich der Pandemie entgegenzustellen und ihre Auswirkungen einzudämmen, mit besonderem Augenmerk auf die gleichzeitige staatliche Politik der Steuersenkung und Erhöhung der öffentlichen Ausgaben, die unter dem Vorwand des wirtschaftlichen Stillstands als das Allheilmittel und die universelle Lösung für die Übel, die uns plagen, präsentiert werden.

## **1. Auswirkungen von Pandemien auf die reale Produktionsstruktur: Arbeitsmarkt, Prozess der Kapitalgüterstufen und Auswirkungen von Unsicherheit**

### *1.1. Arbeitsmarkt*

Das Auftreten einer neuen hochansteckenden Krankheit, die sich weltweit mit einer hohen Sterblichkeitsrate ausbreitet, ist zweifelsohne ein Katastrophenszenario, das kurz-, mittel- und sogar langfristig eine ganze Reihe wichtiger wirtschaftlicher Folgen nach sich ziehen kann. Dazu gehören in erster Linie die Kosten in Form von Menschenleben, von denen viele noch in vollem Umfang kreativ und im Produktionsprozess sind. Erinnern wir uns z. B. daran, dass

die so genannte "Spanische Grippe" ab 1918 weltweit schätzungsweise 40 bis 50 Millionen Opfer forderte (also mehr als das Dreifache der Todesfälle unter Kombattanten und Zivilisten während des Ersten Weltkriegs); diese Grippepandemie betraf vor allem relativ junge und robuste Männer und Frauen, also im vollen produktiven Alter.<sup>1</sup> Im Gegensatz dazu ist die derzeitige Covid-19-Pandemie, die durch das SARS-CoV-2-Virus ausgelöst wird, zwar bei 85 Prozent der Infizierten mit relativ milden Symptomen verbunden, für die restlichen fünfzehn Prozent jedoch schwerwiegend, so dass bei einem Drittel von ihnen sogar ein Krankenhausaufenthalt erforderlich ist und etwa jeder fünfte Schwerstkranke stirbt, wobei es sich bei der überwiegenden Mehrheit um ältere Menschen handelt, die bereits im Ruhestand sind oder erhebliche Vorerkrankungen haben.

Daher hat die aktuelle Pandemie keine nennenswerten Auswirkungen auf das Angebot an Arbeitskräften und menschlicher Tatkraft auf dem Arbeitsmarkt, da der Anstieg der Todesfälle von Menschen im erwerbsfähigen Alter relativ gering ist. Wie bereits erwähnt, steht diese Situation in starkem Kontrast zu derjenigen, die durch die "Spanische Grippe" hervorgerufen wurde. Man schätzt, dass nach der „Spanischen Grippe“ das Arbeitskräfteangebot weltweit insgesamt um etwa 2 Prozent schrumpfte, wenn man sowohl diejenigen berücksichtigt, die an der Krankheit starben, als auch diejenigen, die während des Ersten Weltkriegs ihr Leben verloren (40 oder 50 Millionen Tote durch die Krankheit und mehr als 15 Millionen durch den Krieg). Dieser relative Arbeitskräftemangel drückte die Reallöhne in den "glücklichen Zwanzigern" des letzten Jahrhunderts nach oben, während die Umstrukturierung der Weltwirtschaft von einer Kriegs- zu einer

---

<sup>1</sup> Der Autor dieser Zeilen wird nie den Bericht seines Freundes Arthur Seldon vergessen. Seldon erzählte, wie er seine Eltern verlor. Nach seinem Abschluss an der London School of Economics war Seldon zusammen mit Lord Harris of High Cross der erste Generaldirektor des Institute of Economic Affairs (IEA) in London, ein angesehenes Mitglied der Mont Pelerin Society und ein großer Polygraph und Verfechter der Marktwirtschaft. Beide Eltern starben - im Alter von dreißig Jahren - als er noch sehr jung war, an den Folgen der Spanischen Grippe, und das innerhalb eines kurzen Zeitintervalls. Arthur Seldon wurde daher im Alter von zwei Jahren Vollwaise und wurde von anderen Eltern adoptiert. Im Laufe der Jahre war Seldon in der Lage, dieses traumatische Erlebnis zu überwinden, das ihn jedoch mit einem Stottern zurückließ, das ihn für den Rest seines Lebens nicht mehr verlassen sollte. Trotz dessen wurde er zu einem der brilliantesten Wirtschaftswissenschaftler Großbritanniens, der Margaret Thatchers konservative Revolution, die in den späten siebziger Jahren des letzten Jahrhunderts begann, in hohem Maße inspirierte. Siehe, Arthur Seldon, *Capitalismo*, Unión Editorial, Madrid 1994, insbesondere die Seiten 58 und 77.

Friedenswirtschaft vollzogen wurde. Dieser Prozess wurde von einer großen Kreditexpansion begleitet, die wir hier nicht detailliert analysieren können, die aber auf jeden Fall die Grundlage für die "Große Depression" legte, die aus der schweren Finanzkrise von 1929 hervorging<sup>2</sup>.

Im Laufe der Geschichte haben verschiedene Pandemien einen noch größeren Einfluss auf den Arbeitsmarkt gehabt. So zum Beispiel die große Pest, die Europa ab 1348 verwüstete und die Gesamtbevölkerung schätzungsweise um mindestens ein Drittel reduziert hat. Nach der Pandemie gab es daher einen bedeutenden Anstieg der Reallöhne, der sich in den folgenden Jahrzehnten aufgrund des großen Arbeitskräftemangels verfestigte. In diesem Sinne ist es zum Verzweifeln zu sehen, wie monetaristische und vor allem keynesianische Ökonomen immer wieder auf die angeblich "segensreichen" wirtschaftlichen Auswirkungen von Kriegen und Pandemien verweisen (angeblich segensreich für alle, außer für die Millionen von Menschen, die in diesen Kriegen und Pandemien gestorben sind und verarmten). Sie argumentieren, dass diese Tragödien es den Volkswirtschaften erlaubten, sich aus ihrer Trägheit zu befreien und den Weg zu einem florierenden "Wohlstand" einzuschlagen. Gleichzeitig rechtfertigten diese Tragödien die Wirtschaftspolitik des intensiven geld- und fiskalpolitischen Interventionismus. Mises qualifiziert mit gewohntem Scharfsinn diese Theorien und Wirtschaftspolitiken, die nur die Geldmenge pro Kopf und vor allem die Ausgaben der staatlichen Behörden rechtfertigen und zu erhöhen suchen, als reinen "wirtschaftlichen Destruktivismus".<sup>3</sup>

---

<sup>2</sup> Vgl. bspw. Murray N. Rothbard, *La Gran Depresión*, Unión Editorial, Madrid 2013. Oder Murray, N. Rothbard. *America's Great Depression*, Ludwig von Institute, Auburn 2001.

<sup>3</sup> Siehe zum Beispiel den Fall von Carlo Maria Cipolla, der die Auswirkungen des Schwarzen Todes des 14. Jahrhunderts in seinem Buch *El gobierno de la moneda: ensayos de historia monetaria*, Editorial Crítica, Barcelona 1994, S. 147-152, kommentiert, und meine Kritik an Cipolla in *Geld, Bankkredit und Konjunkturzyklen*, Lucius&Lucius, Stuttgart 2011, S. 48-49 und insbesondere Anmerkung 113. Die zerstörerische Paranoia erreicht jedoch ihren Höhepunkt bei Paul Krugman, der in seinem 2011 veröffentlichten Artikel "Oh! What a lovely war" so weit ging zu behaupten, dass "der Zweite Weltkrieg das große natürliche Experiment über die Auswirkungen einer großen Erhöhung der öffentlichen Ausgaben ist und als solches immer als wichtiges positives Beispiel (!) für alle diejenigen gedient hat, die eine aktivistische Haltung angesichts einer deprimierten Wirtschaft befürworten". Zitiert von J.R. Rallo in seinem Prolog zu *La Gran Depresión*, op. cit., S. XXVI-XXVII.

## 1.2. Die Produktionsstruktur und die Kapitalgüter

Neben diesen Effekten auf die Bevölkerung und den Arbeitsmarkt sind zweitens die Auswirkungen einer Pandemie auf die soziale Zeitpräferenzrate und damit auf den Zinssatz und die Produktionsstruktur der Kapitalgüterstufen zu berücksichtigen. In diesem Sinne ist vielleicht das katastrophalste denkbare Szenario jenes, welches Boccaccio in seiner Einleitung zum *Dekameron* in Bezug auf die Beulenpest beschreibt, die Europa im vierzehnten Jahrhundert heimsuchte. Wenn die allgemeine Überzeugung besteht, dass kurz- oder mittelfristig eine hohe Ansteckungs- und Todeswahrscheinlichkeit existiert, ist es durchaus verständlich, dass sich die subjektiven Wertungen auf gegenwärtigen und unmittelbaren Konsum konzentrieren. "Lasst uns essen und trinken, denn morgen werden wir sterben", oder "lasst uns Buße tun und beten und unser geistliches Leben in Ordnung bringen" sind zwei durchaus verständliche antagonistische Positionen angesichts der Pandemie, aber sie haben den gleichen wirtschaftlichen Effekt: Welchen Sinn hat es, zu sparen und Investitionsprojekte zu unternehmen, die erst in einer fernen Zukunft Früchte tragen können, in der weder wir noch unsere Kinder da sein werden und deren Erträge wir nicht ernten können? Das offensichtliche Ergebnis, das beispielsweise im von der Beulenpest heimgesuchten Florenz des 14. Jahrhunderts zu beobachten war, war die massive Aufgabe von Bauernhöfen, Viehbeständen, Feldern und Werkstätten und allgemein die Vernachlässigung und der ersatzlose Verbrauch von Kapitalgütern.<sup>4</sup> Dieses Phänomen lässt sich grafisch vereinfacht darstellen, wie ich im Abschnitt "Der Fall einer zurückgehenden Wirtschaft" in meinem Buch *Geld, Bankkredit und Konjunkturzyklen*<sup>5</sup> anhand der bekannten Hayekianischen Dreiecke erkläre, die die Produktionsstruktur einer Gesellschaft darstellen (und deren Bedeutung und ausführliche Erklärung auf S. 242 ff. desselben Buches studiert werden kann).

---

<sup>4</sup> "Alle, als erwarteten sie, den Tod noch am selben Tag kommen zu sehen, bemühten sich mit allem Verstand, nicht zu den zukünftigen Früchten der Tiere und der Erde und ihrer vergangenen Arbeit beizutragen, sondern zu verzehren, was sie zur Hand hatten." G. Boccaccio, *Das Dekameron*, Erster Tag, Ende des zweiten Absatzes, und meine Kommentare zu John Hicks' Ausführungen zu diesem Thema (*Capital and Time: A Neo-Austrian Theory*, Clarendon, Oxford 1973, S. 12-13), enthalten in Jesús Huerta de Soto, *Geld, Bankkredit und Konjunkturzyklen*, S. 48 und 243.

<sup>5</sup> *Ibidem*, S. 242-243.

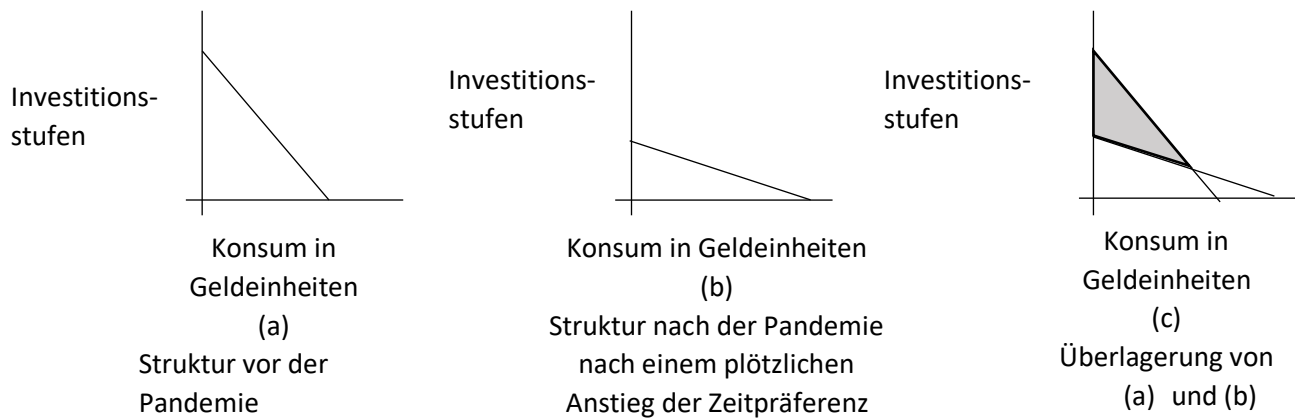


Abbildung 1

Wie wir in Abbildung 1 sehen können, gibt es in diesem Fall einen plötzlichen und starken Anstieg der sozialen Zeitpräferenzrate, der den unmittelbaren monetären Konsum (Abbildung b) zum Nachteil der Investitionen erhöht. Konkret werden mehrere Stufen des Produktionsprozesses, dargestellt durch den schattierten Bereich in Abbildung (c), aufgegeben und ein sehr wichtiger Teil der Bevölkerung hört auf zu arbeiten (durch Tod oder freiwillig) und diejenigen, die überleben, widmen sich dem Verbrauch von Konsumgütern (deren Preise in Geldeinheiten aufgrund der Kontraktion ihres Angebots und des allgemeinen Rückgangs der Geldnachfrage in die Höhe schießen). Die Transaktionen auf dem Markt für Zeit- und Kreditmittel kommen praktisch zum Erliegen und die Zinsen für die wenigen Kredittransaktionen, die stattfinden, gehen "durch die Decke".

Im Gegensatz zum vorherigen Szenario gibt es keine Anzeichen dafür, dass es bei der aktuellen Covid-19-Pandemie zu einer signifikanten Veränderung der sozialen Zeitpräferenzrate gekommen ist (abgesehen von der Auswirkung der vorübergehenden Zunahme der Unsicherheit, die wir später untersuchen werden). Einerseits ähneln die aktuellen Umstände nicht im Entferntesten denen einer so schweren Pandemie, wie sie Boccaccio im *Dekameron* beschreibt. Wie wir bereits angedeutet haben, ist die vorhersehbare Übersterblichkeit der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter praktisch irrelevant und die Erwartungen hinsichtlich des

erfolgreichen Abschlusses von Investitionsprozessen mit weiter zurückliegender zeitlicher Reife bleiben unverändert (z. B. wird weiterhin in die Konstruktion, Innovation und Produktion der Elektroautos der Zukunft und in viele andere langfristige Investitionsprojekte investiert). Andererseits hat sich, wenn es keine signifikante Änderung in der sozialen Zeitpräferenzrate gegeben hat, auch die Struktur der Produktionsstufen von Kapitalgütern, wie sie in der Hayek'schen Grafik vereinfacht beschrieben wird, nicht verändert, mit Ausnahme von drei Effekten, einem sehr kurzfristigen, einem mittelfristigen (1 bis 3 Jahre) und einem dritten von längerer und sogar unbestimmter Dauer.

1. Im ersten Fall handelt es sich um die unmittelbare und vorübergehend reduzierte Wirkung (von einigen Monaten), die die von den Regierungen auferlegten Zwangsbeschränkungen auf die reale Produktivstruktur hatten. Es kann davon ausgegangen werden, dass der für einige Monate verordnete wirtschaftliche "Stillstand" relativ gesehen vor allem die vom Endverbrauch entfernten produktiven Anstrengungen betroffen hat: Schließlich musste die Bevölkerung, auch die zu Hause aufgrund des Lockdowns Eingeschlossenen, welche nicht arbeiten konnten, weiterhin Konsumgüter und Dienstleistungen nachfragen und konsumieren (auch durch E-Commerce - Amazon, etc. - da viele Geschäfte und Endverteiler zur Schließung gezwungen waren, da sie nicht als "wesentliche Tätigkeiten" angesehen wurden). Wenn dies der Fall ist und wenn man außerdem davon ausgeht, dass die auf den Konsum gerichtete monetäre Endnachfrage nicht wesentlich verändert wurde, weil die Haushalte bei der von den Behörden erzwungenen Arbeitslosigkeit auf ihre finanziellen Reserven zurückgegriffen oder ihre Einkommensverluste durch Mittel aus befristeten Arbeitslosenunterstützungen (in Spanien ERTES, ERES usw.) ersetzt haben, wird die Produktionsstruktur in monetärer Hinsicht über einen kurzen Zeitraum pendeln, wie unten dargestellt (Abbildung 2):

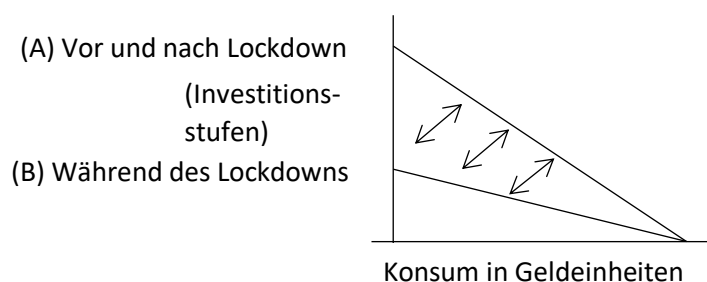


Abbildung 2



In jedem Fall kann der Produktionsprozess, sobald die erzwungene "Abschaltung" des Produktionsprozesses vorbei ist und die Produktionsfaktoren wieder an die Arbeit gehen, wieder dort beginnen, wo er aufgehört hat, da keine systematischen von Fehlinvestitionen erzeugten Fehler aufgedeckt wurden, die nun wieder umgewandelt werden müssten.<sup>6</sup> Im Gegensatz zu dem, was in der Großen Rezession von 2008 geschah, wurde die Produktionsstruktur nicht irreversibel beschädigt, so dass kein langwieriger und schmerzhafter Prozess der Umstellung und massiven Neuverteilung von Arbeit und Produktionsfaktoren notwendig ist: Es ist einfach erforderlich, dass Unternehmer, Arbeiter und Selbstständige zur Arbeit zurückkehren, die Aufgaben wieder aufnehmen, bei denen sie unterbrochen wurden, und die Kapitalausstattung nutzen, die damals (vor ein paar Monaten) noch intakt war und jetzt ebenso verfügbar ist.

In Bezug auf diesen ersten Effekt auf sehr kurze Sicht sollte klargestellt werden, dass derselbe Effekt auch eintritt, wenn auch in einer viel sanfteren, weniger traumatischen Weise und daher zu einer viel geringeren Oszillation der in der Grafik angezeigten Pendelbewegung führt, wenn die Abschaltungen auf freiwilliger und selektiver Weise stattgefunden hätten und auf der "Mikro"-Ebene von Familien, Unternehmen, Wohnsiedlungen, Nachbarschaften usw. beschlossen worden wären; im Rahmen einer freien Gesellschaft, in der es entweder keine monopolistischen Regierungen gibt (Selbstverwaltung, wie sie für den Anarchokapitalismus typisch ist) oder diese nicht zentralistisch sind und keine verallgemeinernden und zwanghaften Maßnahmen eine willkürlichen Lockdowns auferlegen.

2. Es gibt jedoch verschiedene Sektoren, die wesentlich mit der Stufe des Endverbrauchs zusammenhängen und deren Nachfrage nach dem Ende der Pandemie und eine Zeit lang drastisch reduziert wird. Dieser Zeitraum kann sich

---

<sup>6</sup> Abgesehen natürlich von denen, die schon vor der Pandemie existierten und zur Liquidation oder Umstellung anstanden.

über viele Monate erstrecken<sup>7</sup> und dauert so lange bis die Pandemie überwunden und die volle Normalität der Mobilität vor ihrem Ausbruch wiederhergestellt ist. Grundsätzlich erfordern Sektoren wie Tourismus, Transport, Hotels und Unterhaltung, die in bestimmten Volkswirtschaften wie der spanischen, in der der Tourismus fast 15 Prozent des BIP ausmacht, relativ sehr wichtig sind, eine tiefgreifendere Veränderung als die im vorhergehenden Punkt beschriebene. Sie wirken sich auch über einen längeren Zeitraum (etwa zwei Jahre) auf die Produktionsstruktur aus. Wenn die Haushalte unter sonst gleichen Bedingungen weniger im Flugverkehr, in Hotels, Restaurants oder Theatern konsumieren, werden sie natürlich ein mehr an anderen Gütern und Dienstleistungen des alternativen oder Ersatzkonsums konsumieren, oder sie werden mehr Einkommen für Investitionen einsetzen oder ihre Kassenhaltung erhöhen. Abgesehen von der möglichen Erhöhung der Geldnachfrage, auf die wir später eingehen werden, wenn wir über die Unsicherheit sprechen, ist es klar, dass sich die Produktionsstruktur vorübergehend an die neuen Umstände anpassen muss, indem sie die Ressourcen, die in den betroffenen Sektoren (zumindest teilweise) noch aktiv sind, und vor allem diejenigen bestmöglich nutzt, die gezwungenermaßen und vorübergehend arbeitslos sind und sich auf alternative Produktionszweige umorientieren müssen, in denen sie eine profitable Beschäftigung finden können (vorübergehend oder dauerhaft).

So werden z. B. bestimmte Restaurants trotz aller Widrigkeiten geöffnet bleiben, ihr Angebot umstellen (z. B. indem sie einen Lieferservice anbieten), ihre Ausgaben so weit wie möglich reduzieren (indem sie Mitarbeiter entlassen oder sie direkt oder indirekt umwandeln, z. B. als Fahrer nutzen usw.) und ihre Verpflichtungen gegenüber Zulieferern anpassen, um Verluste und Kapitalkonsum zu minimieren. Auf diese Weise vermeiden sie es, Jahre des Reputationsaufbaus und der Anhäufung wertvoller, schwer umzuschichtender Kapitalgüter zu verlieren, in der Erwartung, dass sie, wenn sich die Umstände ändern, besser positioniert sind

---

<sup>7</sup> Bei der sogenannten "Spanischen Grippe" betrug dieser Zeitraum etwas mehr als zwei Jahre. In der aktuellen Pandemie von COVID-19 und trotz der Impfstoffe gehen wir davon aus, dass diese zweite Phase eine ähnliche Dauer haben wird, vielleicht ein paar Monate weniger.

als ihre Konkurrenten und mit erheblichen Wettbewerbsvorteilen dem erwarteten erneuten Aufschwung in der Branche gegenüberstehen. Andere Unternehmer werden sich im Gegenteil dafür entscheiden, sich in den "Winterschlaf" zurückzuziehen, indem sie ihre Unternehmen vorübergehend schließen, aber die entsprechenden Infrastrukturen und Arbeitskontakte bereithalten, um so schnell wie möglich wieder zu eröffnen, sobald es die Umstände erlauben. Eine dritte Gruppe, die in der Regel aus denjenigen Geschäftsprojekten besteht, die selbst unter den Bedingungen vor der Pandemie marginal weniger profitabel waren, wird gezwungen sein, ihre Geschäfte endgültig zu schließen und ihre jeweiligen Geschäftsprojekte zu liquidieren.

All diese unternehmerischen Schritte und Entscheidungen können und sollten relativ schnell und zu möglichst geringen Kosten getroffen werden, was nur in einer dynamisch effizienten Wirtschaft möglich ist, die die freie Ausübung der unternehmerischen Funktion fördert und sie nicht durch abträgliche Regulierungen, insbesondere auf dem Arbeitsmarkt, und abschreckende Steuern behindert. Offensichtlich sind es nicht die Regierung oder ihre Beamten, sondern nur ein Heer von Unternehmern, die trotz aller Widrigkeiten mit unerschütterlichem Vertrauen in eine bessere Zukunft voranschreiten und die Zuversicht bewahren, dass diese bessere Zukunft früher oder später kommen wird. Es ist dieses Heer an Unternehmern das in der Lage ist, zu jedem Zeitpunkt und unter den jeweiligen Umständen von Zeit und Ort die angemessensten Entscheidungen zu treffen.

In Bezug auf unser vereinfachtes Dreieck der Produktionsstruktur lässt sich unter der Annahme, dass es keine signifikante Änderung in der sozialen Zeitpräferenzrate gibt, höchstens ein horizontaler Schwenk der Hypotenuse des entsprechenden Dreiecks nach links darstellen (siehe Grafik 3), unter der Aufnahme der Gesamtwirkung der geringeren Nachfrage in den betroffenen Sektoren (und ihren jeweiligen Zulieferern) und dann wieder nach rechts, in dem Maße, in dem diese Nachfrage während des Zeitraums von mehreren Monaten, den es braucht, um zur vollen Normalität zurückzukehren, durch eine andere

Alternative ersetzt wird, und in dem Maße, in dem ein großer Teil der für die genannten Sektoren verlorenen monetären Nachfrage wiedergewonnen wird.

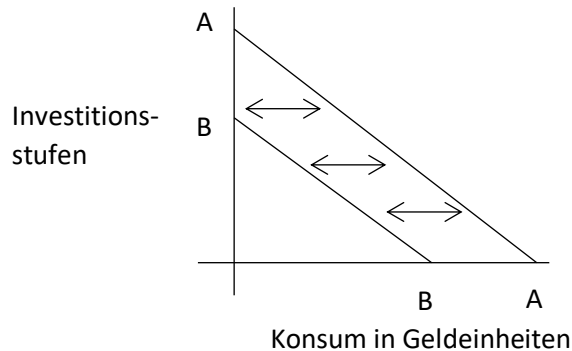


Abbildung 3

Offensichtlich erlaubt uns das Diagramm nicht, die unzähligen Geschäftsentscheidungen und realen Investitionsbewegungen zu erfassen, die durch die schnelle und flexible horizontale Oszillation, die durch die zweiseitigen Pfeile dargestellt wird, impliziert werden. Aber es erlaubt uns, das ernsthafte Risiko zu veranschaulichen, das mit einer Politik verbunden ist, die dazu tendiert, die Produktionsstruktur zu verfestigen und einerseits "Zombie"-Unternehmen aufrechtzuerhalten, die so schnell wie möglich liquidiert werden sollten, während gleichzeitig der "Rebound"-Effekt rechts von der Hypotenuse unseres Dreiecks durch Regulierung und Besteuerung verhindert wird. Fiskalische und regulatorische Eingriffe können die reale Produktionsstruktur auf unbestimmte Zeit in Position BB fixieren und verhindern, dass sie in Richtung Position AA zurückprallt.

Es versteht sich von selbst, dass all diese schnellen Anpassungs- und Erholungsprozesse einen sehr agilen und flexiblen Arbeitsmarkt erfordern, in dem es möglich ist, sehr schnell und zu minimalen Kosten zu entlassen und wieder einzustellen. Es sollte daran erinnert werden, dass im Gegensatz zu dem, was in der Großen Rezession von 2008 geschah (und im Allgemeinen nach allen Finanzkrisen, die auf lang anhaltende Prozesse der Kreditexpansion folgen), im Fall der aktuellen Pandemie nicht von einer allgemeinen Fehlinvestition produktiver Ressourcen ausgegangen wird (zum Beispiel, wie es im Bausektor vor 2008 geschehen war),

und was eine erhebliche strukturelle Langzeitarbeitslosigkeit begründen könnte. Stattdessen ist bei der heutigen Krise eine nachhaltige, schnelle und dauerhafte Reallokation von Arbeit und Produktionsfaktoren möglich, was eine möglichst freie und agile Gestaltung der entsprechenden Arbeits- und Faktormärkte erfordert.

3. Es bleibt uns noch bestimmte Änderungen in den Konsumgewohnheiten der Bevölkerung zu analysieren, die dauerhafte Modifizierungen der Produktionsstruktur der Investitionsstufen bei den Kapitalgütern der Gesellschaft erfordern. Zu diesem Zweck ist darauf hinzuweisen, dass sich in jeder freien Marktwirtschaft die Produktionsstruktur immer allmählich und nicht traumatisch an die Veränderungen des Geschmacks und die Bedürfnisse der Verbraucher anpasst. Und obwohl man zugeben muss, dass die Pandemie eine Beschleunigung der Entdeckung und endgültigen Übernahme bestimmter neuer Verhaltensweisen durch eine Mehrheit der Verbraucher bewirken kann (z. B. in Bezug auf die allgemeine Verbreitung des elektronischen Geschäftsverkehrs, die stärkere Nutzung bestimmter Zahlungsmittel oder die allgemeine Verbreitung von Videokonferenzen in der Geschäfts- und Bildungswelt usw. ), werden in der Praxis ihre Auswirkungen vielleicht übertrieben, vor allem wenn wir diese vermeintlich radikalen Veränderungen mit denen vergleichen, die sich seit Beginn des 21. Jahrhunderts sowohl aus der sich beschleunigenden Globalisierung von Handel und Gewerbe als auch aus der technologischen Revolution ergeben, die diese begleitet und ermöglicht hat. All dies hat es Hunderten von Millionen Menschen ermöglicht, sich aus der Armut zu befreien, und die Eingliederung von Milliarden von Menschen (vor allem in Asien und Afrika) in die globalen Produktionsströme ermöglicht. Diese Menschen hatten bisher am Rande der produktiven und kommerziellen Ströme der marktwirtschaftlichen Welt gestanden. Die Produktivkräfte des Kapitalismus wurden so entfesselt wie nie zuvor in der Geschichte der Menschheit, und trotz der Last staatlicher Eingriffe und Regulierungen, die die Flügel des Fortschritts immer wieder hemmen und behindern, hat die Menschheit einen großen sozialen und wirtschaftlichen Erfolg erzielt. Es ist gelungen, eine Bevölkerung von 8 Milliarden Menschen mit einem Lebensstandard zu erreichen und zu erhalten, der bis vor wenigen Jahrzehnten

nicht einmal denkbar war.<sup>8</sup> Aus dieser Perspektive sollten die langfristigen Auswirkungen der aktuellen Pandemie in einem Kontext viel größerer und tiefgreifenderer Veränderungen, an die sich die Marktwirtschaften kontinuierlich und ohne größere Schwierigkeiten anpassen, relativiert werden. Unsere Analyse sollte daher jetzt zur Untersuchung der kurz- und mittelfristigen Auswirkungen der aktuellen Pandemie zurückkehren, die aufgrund ihrer größeren Nähe als bedeutender angesehen werden könnten als die angesprochenen langfristigen, tiefgreifenden Veränderungen.

### *1.3. Unsicherheit und Geldnachfrage*

Wir beenden diesen ersten Teil unseres Beitrags mit dem Hinweis auf die Auswirkungen der durch die Pandemie erzeugten Unsicherheit, insbesondere weil sie, wie wir im letzten Teil sehen werden, eine noch ultralockere fiskalische und vor allem geldpolitische Interventionspolitik ermöglicht hat, die in der Geschichte beispiellos ist. Die Interventionspolitik stellt eine große Gefahr dar und wird sehr wahrscheinlich nicht ohne schwerwiegende Folgen bleiben, sobald die aktuelle Pandemie überwunden ist.

Grundsätzlich kann der Einfluss einer Pandemie auf die Unsicherheit und damit auf die Geldnachfrage zwischen zwei antagonistischen Extremen oszillieren. Einerseits gibt es den Fall einer Pandemie, die so schwerwiegend war, dass sie, wie wir bereits bei der Beulenpest in Florenz in der Mitte des vierzehnten Jahrhunderts gesehen haben und die von Boccaccio im *Dekameron* so gut beschrieben wurde, statt Ungewissheit für einen sehr bedeutenden Teil der Bevölkerung die Gewissheit erzeugte, dass ihre Tage gezählt waren und dass daher ihre Lebenserwartung drastisch reduziert war. Unter diesen Umständen ist es verständlich, dass die Geldnachfrage einbricht und das Geld einen großen Teil seiner Kaufkraft verliert in einem Kontext, in dem sich niemand von Gütern und Dienstleistungen trennen will,

---

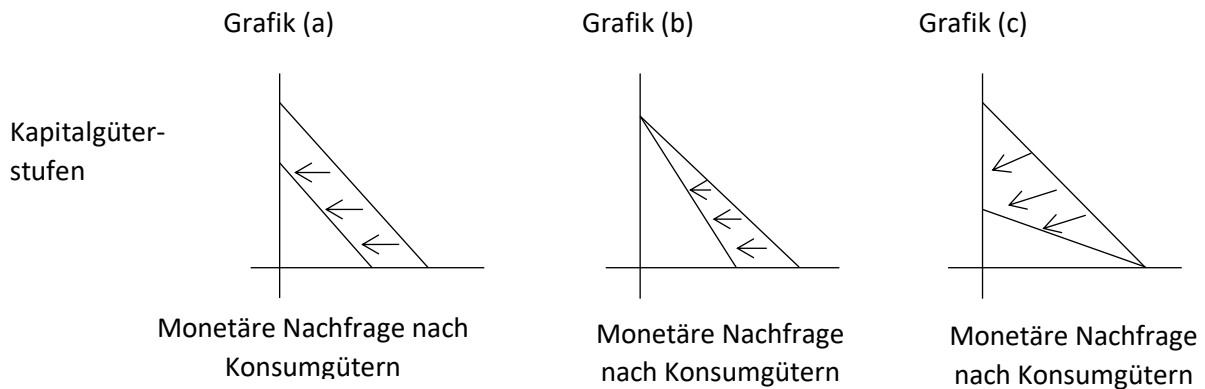
<sup>8</sup> Siehe neben vielen anderen Studien, Hans Rosling, *Factfulness*, Sceptre, London 2018.

deren Produktion weitgehend zusammengebrochen ist und die die meisten Menschen so schnell wie möglich konsumieren wollen.

Von größerem analytischem Interesse für unsere Zwecke ist nun der Fall von Pandemien wie der aktuellen, die viel weniger schwerwiegend sind und bei denen, obwohl das Überleben des größten Teils der Bevölkerung nicht gefährdet ist, vor allem in den ersten Monaten eine zunehmende Ungewissheit hinsichtlich des Ausmaßes, der Entwicklung und der Geschwindigkeit der Ansteckung und ihrer wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen besteht. Bargeldguthaben sind das Mittel schlechthin, um mit der unausweichlichen Ungewissheit der Zukunft fertig zu werden, da sie es den Wirtschaftsakteuren und den Haushalten erlauben, sich alle Optionen offen zu halten und sich somit sehr schnell und einfach an jeden zukünftigen Umstand anpassen zu können, sobald dieser eintritt. Angesichts dessen ist es verständlich, dass die normale Zunahme der Unsicherheit, die sich aus der aktuellen Pandemie ergibt, von einem gleichzeitigen Anstieg der Geldnachfrage und damit, unter sonst gleichen Bedingungen, der Kaufkraft des Geldes begleitet wurde. Dieser Effekt lässt sich mit unseren Dreiecksdiagrammen der Produktionsstrukturen in Bezug auf die Geldnachfrage visualisieren (Grafik 4), und zwar als gleichmäßige Bewegung nach links von der entsprechenden Hypotenuse, falls die Zeitpräferenzrate nicht verändert wird (Grafik "a"), oder mit Bewegungen nach links bei einem relativen Investitionsanstieg (wenn die Kassenhaltung erhöht wird, indem der Konsum reduziert wird, Grafik "b"), oder bei einem relativem Konsumanstieg (wenn neues Geld akkumuliert wird, indem Kapitalgüter und Finanzanlagen verkauft werden, der Konsum indes nicht reduziert wird, Grafik "c").

Abbildung 4

Drei mögliche Effekte auf die Produktionsstruktur durch eine Erhöhung der Geldnachfrage im Zuge der Pandemie:



Obwohl jedes dieser drei Ergebnisse theoretisch möglich ist, ist es am wahrscheinlichsten, dass unter den gegenwärtigen Umständen eine Kombination von ihnen eingetreten ist, und zwar insbesondere der unter (a) und (b) beschriebenen Situationen. Daher werden sich diese mit denen überschneiden, die wir bereits in den vorangegangenen Abschnitten analysiert und in unsere Abbildungen aufgenommen haben. Um diese Effekte besser zu verstehen, hatten wir diese zunächst separat analysiert, und die Effekte, die sich aus der möglichen Erhöhung der Geldnachfrage ergeben, überhaupt nicht berücksichtigt. Nun haben wir diese Effekte in unsere Analyse aufgenommen. Es müssen drei wichtige Überlegungen zur Erhöhung der Unsicherheit und der Geldnachfrage, die sich aus der Pandemie ergibt, angestellt werden.

Erstens ist der Anstieg der Unsicherheit (und der damit einhergehende Anstieg der Geldnachfrage) vorübergehend und relativ kurzlebig, da er sich tendenziell wieder umkehrt, sobald sich "das Ende des Tunnels" abzeichnet und Erwartungen auf Besserung aufkommen. Deshalb und ohne die Zeit der Überwindung der Pandemie (etwa zwei Jahre) abwarten zu müssen, wird es allmählich zu einer Rückkehr zu "normalen" Niveaus der Unsicherheit kommen, und damit werden sich die in den Diagrammen "a", "b" und "c" beschriebenen Bewegungen in die entgegengesetzte Richtung umkehren, was dazu führt, dass die



Produktionsstruktur in monetärer Hinsicht zu ihrer vorherigen Situation zurückkehrt.

Zweitens: In dem Maße, in dem sich die neuen Geldsalden ansammeln, die die Nachfrage nach Konsumgütern verringern (Grafiken "a" und "b") - und das wird auf jeden Fall in Bezug auf die am stärksten von Mobilitätsbeschränkungen betroffenen Sektoren (Tourismus, Hotels etc.) der Fall sein - wird diese geringere monetäre Nachfrage nach Konsumgütern tendenziell ein beträchtliches Volumen an unverkauften Konsumgütern hinterlassen, das es ermöglicht, sowohl die Verlangsamung ihrer Produktion zu bewältigen, die sich aus den unvermeidlichen Engpässen und der mehr oder weniger starken Einschränkung ihrer Produktion ergibt, als auch die Nachfrage, die sich aus der Notwendigkeit ergibt, den Konsum all derer fortzusetzen, die in den ersten Monaten der Auswirkungen der Pandemie ihre Arbeit ganz oder teilweise eingestellt haben. Daher spielt der Anstieg der Geldnachfrage eine wichtige Rolle bei der Bewältigung des Angebotsschocks, der durch die erzwungene Einschränkung der Produktion von Konsumgütern entsteht, und verhindert so, dass die Konsumgüterpreise zum großen Nachteil der breitesten Bevölkerungsschichten relativ zu den Produktionsgüterpreisen in die Höhe schnellen.

Drittens und letztens ist darauf hinzuweisen, dass die Unsicherheit noch weiter zunehmen und sogar über das hinausgehen kann, was unbedingt notwendig ist und was die Pandemie von selbst ausgelöst hätte. Denn der geld-, fiskal- und steuerpolitischen Interventionismus der Regierungen und vermag ohne Zweifel und wie wir im dritten Abschnitt noch genauer sehen werden, ein zusätzliches Klima der unternehmerischen Unsicherheit erzeugen, welches die schnelle Erholung des Marktes behindern und dem unternehmerischen Prozess die Rückkehr zur Normalität erschweren kann. Dies könnte sogar den perversen Rückkopplungsprozess reproduzieren, den ich in meinem Artikel über "Die Japanisierung der Europäischen Union"<sup>9</sup> ausführlich untersucht habe. Bei diesem

---

<sup>9</sup> Jesús Huerta de Soto, "La Japonización de la Unión Europea", *Procesos de Mercado*, Vol. XVI, nº 2, otoño 2019, S. 317-342. Englische Übersetzung: „The Japanization of the European Union,“ verfügbar auf *mises.org*: <https://mises.org/wire/japanization-european-union>. Deutsche Übersetzung: „Die

Prozess hat die massive Zufuhr von Geldmengen und die Senkung der Zinssätze auf Null durch die Zentralbanken keine nennenswerten Auswirkungen auf die Wirtschaft. Diese Politik vereitelt sich selbst, da sie durch die gleichzeitige Erhöhung der Geldnachfrage sterilisiert wird. Diese Erhöhung der Geldnachfrage resultiert aus den Opportunitätskosten der Liquiditätshaltung von Null und vor allem aus der zusätzlichen Erhöhung der Unsicherheit, die durch die Politik der stärkeren wirtschaftlichen Regulierung, der Blockierung anstehender Strukturreformen, der Steuererhöhungen, des Interventionismus und des fiskalischen und monetären Kontrollverlusts entsteht.

## **2. Pandemien: Bürokratie und systematischer staatlicher Zwang versus spontane soziale Koordination**

### *2.1. Das Theorem der Unmöglichkeit des Sozialismus und seine Anwendung auf die aktuelle Krise*

Die Reaktion der verschiedenen Regierungen und Behörden in der Welt (und vor allem in unserem eigenen Land, Spanien) auf das Auftreten und die Entwicklung der COVID-19-Pandemie, die Interventionsmaßnahmen, die sie nach und nach ergriffen haben, und das Verfolgen ihrer Auswirkungen stellen eine einzigartige Gelegenheit für jeden Wirtschaftswissenschaftler dar, der den wesentlichen Inhalt und die wichtigsten Implikationen des von Ludwig von Mises vor hundert Jahren<sup>10</sup> erstmals formulierten "Theorems der Unmöglichkeit des Sozialismus" bestätigen, überprüfen und auf einen uns sehr nahe stehenden und relevanten historischen Fall anwenden möchte. Es ist wahr, dass der Zusammenbruch der ehemaligen Sowjetunion und des real existierenden Sozialismus sowie die Krise des Wohlfahrtsstaates den Triumph der Analyse der Ökonomen der Österreichischen Schule in der historischen Debatte über die

---

Japanisierung der Europäischen Union," verfügbar auf [misesde.org](https://www.misesde.org):

<https://www.misesde.org/2020/02/die-japanisierung-der-europaeischen-union/>

<sup>10</sup> Ludwig von Mises, "Die Wirtschaftsrechnung im sozialistischen Gemeinwesen", *Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik*, N. 47, 1920, S. 86-121.

Unmöglichkeit des Sozialismus bereits hinreichend illustriert hatten. Aber der tragische Ausbruch der COVID-19-Pandemie hat uns ein weiteres reales Beispiel geliefert, in diesem Fall nun viel konkreter und uns näher. Dieses Beispiel illustriert und bestätigt ausgezeichnet, was die Theorie bereits angedeutet hat, nämlich: dass es für einen zentralen Planer theoretisch unmöglich ist, seinen Befehlen einen koordinierenden Inhalt zu geben, egal wie notwendig diese erscheinen mögen, wie edel das verfolgte Ziel ist oder wie viel guter Wille und Anstrengung in ihre Verwirklichung gesteckt wurden.<sup>11</sup>

Angesichts der weltweiten Auswirkungen der aktuellen Pandemie, die alle Länder unabhängig von ihrer Tradition, ihrer Kultur, ihrem wirtschaftlichen Niveau und ihrem politischen System betroffen hat, ist die volle Anwendbarkeit des von Mises entdeckten Theorems auf jede Zwangsmaßnahme des Staates offensichtlich, so dass es als "Theorem der Unmöglichkeit des Etatismus" verallgemeinert werden kann. Es ist wahr, dass es gewichtige Unterschiede bei den Interventionsmaßnahmen der verschiedenen Regierungen gibt. Doch auch wenn das Management einiger Regierungen besser oder schlechter gewesen sein mag, waren die Unterschiede in Wirklichkeit eher graduell und nicht qualitativ. Denn Regierungen können nicht ihre zwangshafte Natur verleugnen, die sie in ihrer DNA tragen und die ihre intimste Eigenschaft ist. Wenn sie Zwang ausüben, und genau in dem Ausmaß, in dem sie dies tun, entstehen unweigerlich alle von der Theorie vorhergesagten negativen Effekte und reproduzieren sich. Es kommt also nicht darauf an, dass einige Regierungen unfähiger sind als andere (was für Spanien zweifellos zutrifft<sup>12</sup>), sondern dass sie alle zum Scheitern verurteilt sind, wenn sie darauf bestehen, die Gesellschaft mit Hilfe ihrer Macht und Zwangsmandate zu koordinieren. Und das ist vielleicht die wichtigste Botschaft, die die

---

<sup>11</sup> Ein weiteres konkretes historisches Beispiel, das sich in diesem Fall auf der anderen Seite des Eisernen Vorhangs in den letzten Jahren des Sowjetkommunismus ereignete, war die Explosion des Atomkraftwerks von Tschernobyl am 26. April 1986. Diese Katastrophe hat Anlass zu zahlreichen Kommentaren und Analysen gegeben. Kontext und Hauptumstände dieser Katastrophe werden in der Tschernobyl-Serie, die von HBO-SKY ab 2019 in fünf Episoden produziert und vertrieben wird, bewundernswert dargestellt und machten diese Serie zur am besten bewerteten Fernseh-Miniserie der Geschichte.

<sup>12</sup> Vgl. beispielsweise Mikel Buesa, *Abuso, de poder: el coronavirus en España. Incompetencia y fracaso en la gestión de la crisis*, Marcial Pons, Madrid 2020.

Wirtschaftstheorie der Bevölkerung vermitteln sollte: dass aus der Ausübung staatlicher Zwangsgewalt zwangsläufig Probleme entstehen, unabhängig davon, ob der jeweilige Politiker die Herausforderungen besser oder schlechter bewältigen kann.

Obwohl sich dieser Artikel mit der ökonomischen Analyse von Pandemien im Allgemeinen beschäftigt, werden wir uns fast ausschließlich auf die Implikationen der aktuellen Pandemie angesichts des "Theorems der Unmöglichkeit des Etatismus-Sozialismus" konzentrieren. Wir wählen diese Vorgehensweise, nicht nur wegen der zeitlichen und persönlichen Nähe für jeden heutigen Leser, sondern auch, weil die Interventionsstrategien, die bei anderen Pandemien durchgeführt wurden, zeitlich sehr weit von uns entfernt sind. Obwohl es auch möglich ist, in historischen Pandemien viele der Phänomene zu identifizieren, die wir in jüngster Zeit erlebt haben (z.B. die Informationsmanipulation der alliierten Staaten während der Grippepandemie 1918, die aus diesem Grund fälschlicherweise "spanisch" genannt wurde), ist ihr Mehrwert als Illustration der theoretischen Analyse heute zweifellos geringer.

Wie in meinem Buch *Sozialismus, Wirtschaftsrechnung und unternehmerische Funktion* und insbesondere in Kapitel III, das hier als wiedergegeben betrachtet werden muss<sup>13</sup>, ausführlich dargelegt wird, hat die Wirtschaftswissenschaft gezeigt, dass es für den Staat theoretisch unmöglich ist, dynamisch effizient zu agieren, da er sich immer in einer Situation unausweichlicher Unwissenheit befindet, die es ihm unmöglich macht, seinen Befehlen einen koordinierenden Inhalt zu geben. Und das liegt im Wesentlichen an den folgenden vier Gründen, die wir im Folgenden von der geringsten bis zur größten Bedeutung auflisten:

Erstens die immense Menge an Informationen und Wissen, die koordinierende Befehle erfordern, und zwar nicht nur technischer oder wissenschaftlicher Art, sondern vor allem das Wissen über eine Unzahl von persönlichen und besonderen Umständen von Zeit und Ort ("praktisches" Wissen). Zweitens der im Wesentlichen

---

<sup>13</sup> Jesús Huerta de Soto, *Sozialismus, Wirtschaftsrechnung und unternehmerische Funktion*, Lucius&Lucius, Stuttgart 2013, vor allem S. 47-96.

subjektive, stillschweigende, praktische und nicht artikulierbare Charakter dieser Informationen oder dieses Wissens, was eine Übertragung dieser Informationen oder dieses Wissens an das zentrale staatliche Entscheidungs- und Planungsorgan unmöglich macht. Drittens ist dieses Wissen oder diese Information weder gegeben noch statisch, sondern verändert sich im Gegenteil ständig als Folge der angeborenen Kreativität des Menschen und der ständigen Änderung der ihn umgebenden Umstände, was eine doppelte Wirkung auf die staatlichen Behörden hat: Sie sind immer zu spät dran, denn zu dem Zeitpunkt, an dem sie die spärlichen und voreingenommenen Informationen, die sie erhalten, verdauen, sind sie bereits veraltet; und sie können mit ihren auf die Zukunft gerichteten Befehlen nicht richtig liegen, weil die Zukunft von praktischen Informationen abhängen, die noch nicht entstanden sind, weil sie noch gar nicht geschaffen wurden. Und, wie wir gesehen haben, sollten wir viertens und letztens nicht vergessen, dass der Staat Zwang ist (das ist seine intimste Eigenschaft). Wenn seine Befehle mit Gewalt in irgendeiner Parzelle der Gesellschaft durchgesetzt werden, wird die Schaffung und Entstehung des Wissens oder der Information behindert und sogar blockiert. Dabei braucht der Staat gerade dieses Wissen oder Information dringendst, um seinen Befehlen einen koordinierenden Inhalt zu geben. Jetzt können wir das große Paradoxon des staatlichen Interventionismus<sup>14</sup> verstehen, der immer dazu neigt, Ergebnisse zu produzieren, die denen entgegengesetzt sind, die er zu erreichen beabsichtigt. So zeigen sich in typischer und weit verbreiteter Weise Fehlanpassungen und FehlAbstimmungen. Hinzu kommt das systematisch unverantwortliche Handeln der Behörden (die gar nicht merken, wie blind sie sind gegenüber den Informationen, die sie nicht besitzen, und den realen Kosten, die sie mit ihren Entscheidungen verursachen), die ständige Erzeugung von Knappheit, Mangel und schlechter Qualität der Ressourcen, die sie zu mobilisieren und zu kontrollieren versuchen, die Manipulation von Informationen, um sich selbst

---

<sup>14</sup>“Es entsteht daher dieses unlösbare Paradox: Je mehr eine Regierungsbehörde auf die Planung oder Kontrolle eines gesellschaftlichen Bereiches besteht, desto weniger wahrscheinlich wird sie ihre Ziele erreichen, weil sie nicht die notwendigen Informationen besitzt, um eine Gesellschaft zu organisieren und zu koordinieren. Vielmehr produziert sie schlimmere Fehlanpassungen und Störungen, weil sie durch die Anwendung von Zwang die unternehmerische Fähigkeit der Menschen einschränkt.“, ibidem, S. 59-60.

politisch zu stärken, und die Korrumpierung der grundlegenden Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit. Die Entstehung all dieser aufeinanderfolgenden und verwobenen Phänomene ist seit dem Auftreten der Pandemie und seitdem sich der Staat daran machte, diese zu bekämpfen unvermeidlich zu beobachten. Diese Phänomene resultieren, wir wiederholen es, nicht aus einem Fehlverhalten der öffentlichen Bediensteten, sondern sie sind dem System inhärent, das auf dem Versuch beruht soziale Probleme durch die systematische Anwendung von Zwang zu lösen.

Als Beispiel empfehlen wir dem Leser, die von José Manuel Romero und Oriol Güell ausgearbeitete Forschungsarbeit mit dem Titel "El libro blanco de la Pandemia"<sup>15</sup> im Lichte der von uns vorgestellten theoretischen Analyse über die Unmöglichkeit des Etatismus im Detail zu lesen. Praktisch alle Mängel und Unzulänglichkeiten des Etatismus werden Schritt für Schritt dargestellt. Die Autoren, Journalisten von Beruf, hängen dem naiven Glauben an, dass ihre Beschreibung der Tatsachen dazu dienen wird, die gleichen Fehler in der Zukunft zu vermeiden. Sie verstehen nicht, dass diese Fehler ihren Ursprung weniger in politischen Fehlern oder Managementfehlern haben, sondern vielmehr in der eigentlichen Logik des Systems von Regulierung, Planung und staatlichem Zwang begründet liegen. Dieses System erzeugt immer, auf die eine oder andere Weise, die gleichen Effekte von mangelnder Koordination, Ineffizienz und Ungerechtigkeit. Mit Hilfe dieser Arbeit, und als ein Beispiel unter vielen anderen, können wir auf die Chronologie der Ereignisse verweisen, die von den Autoren perfekt beschrieben wurde, und auch die kostbaren Wochen nachvollziehen, die verloren gingen, als bereits am 13. Februar 2020 Ärzte des staatlichen Krankenhauses von Valencia Arnau de Vilanova erfolglos darum kämpften, von den Gesundheitsbehörden des Bundeslandes (und der Zentralregierung) die Genehmigung zu erhalten, Proben auf Coronaviren zu testen, die sie einem 69-jährigen Patienten entnommen hatten, der mit Symptomen gestorben war, von denen sie annahmen, dass es sich um Covid-19 handeln könnte. Doch sie stießen auf die harte Realität: Die zuständigen zentralen Gesundheitsplanungsstellen (Gesundheitsministerium in Madrid und das regionale

---

<sup>15</sup> Veröffentlicht in mehreren Ausgaben der Zeitung *El País*, 14. und 21. Juni 2020.

Gesundheitsministerium des Bundeslandes) verweigerten wiederholt die Genehmigung, weil der verdächtige Patient (viele Wochen später stellte sich heraus, dass er tatsächlich an Covid gestorben war) nicht die dafür notwendigen Bedingungen erfüllte, die zuvor (am 24. Januar) von der Behörde festgelegt worden waren, nämlich: in den 14 Tagen vor dem Auftreten der Symptome nach Wuhan gereist zu sein oder Kontakt zu Personen gehabt zu haben, bei denen die Krankheit diagnostiziert worden war. In einem dezentralisierten System der freien Marktwirtschaft, das die Initiative und die Kreativität der beteiligten Akteure nicht einschränkt, wäre es natürlich nicht zu einem solchen Fehltritt gekommen. Dann hätte man einige wichtige Wochen früher gewusst, dass das Virus in Spanien bereits frei zirkulierte, und hätte Maßnahmen zur Vorbeugung und Bekämpfung der Pandemie ergreifen können (zum Beispiel wäre es möglich gewesen, unter anderem die feministischen Demonstrationen vom 8. März abzusagen).

Das ausgezeichnete Buch von Mikel Buesa, das wir bereits erwähnt haben,<sup>16</sup> ist auch sehr bemerkenswert, wenn es darum geht, die Litanei von Fehlern, mangelnder Koordination, Korruption, Manipulation von Informationen, Verletzung von Rechten und Lügen aufzudecken (vor allem auf den Seiten 118 ff.), die sich natürlich und unausweichlich aus der Tätigkeit der verschiedenen Ebenen des Staates im Umgang mit der Pandemie ergaben. So zum Beispiel, wie "die Befehle zur Beschlagnahme medizinischer Geräte von den spanischen Herstellern logischerweise als Angriff auf ihre wirtschaftlichen Unternehmungen interpretiert wurden, was zu einem Produktions- und Importstopp führte" (S. 109), ausgerechnet zu dem Zeitpunkt, als es am dringendsten war, Ärzte und medizinisches Personal, die sich täglich ihrer Arbeit ohne die notwendigen Schutzmittel stellten, vor Ansteckung zu schützen. Oder wie die Beschlagnahmen, die im Auftrag des Staates beim Zoll stattfanden, dazu führten, dass Aufträge für Millionen von Masken verloren gingen, weil die

---

<sup>16</sup> Mikel Buesa, *Abuso de poder: El coronavirus en España. Incompetencia y fracaso en la gestión de la crisis*, op. cit. Professor Buesa betont jedoch eher die Inkompetenz der jeweiligen Politiker als das System selbst als Ursache für die Fehler, und im letzten Teil seiner ansonsten ausgezeichneten Arbeit schlägt er praktisch nur, mit Ausnahme seiner Empfehlungen für den Arbeitsmarkt, aktivere Staatseingriffe vor, um die Dinge besser zu machen und aus der Krise herauszukommen (!). Ganz abgesehen von der fehlerhaften keynesianischen Interpretation, die er auf S. 203 vornimmt.

entsprechenden Lieferanten es vorzogen, sie an andere Kunden zu schicken, aus Angst, dass die Regierung die Ware beschlagnahmen würde (ibidem). Oder der Fall, einer unter vielen anderen, eines galizischen Fabrikanten, der sein Material auf Befehl des Staates in einem Lagerhaus lagern ließ, ohne dass jemand es beanspruchte (S. 110-111). Oder der Fall der spanischen Firmen, die auf die Herstellung von PCR's spezialisiert sind und deren Lagerbestände und Produktion vom Staat in Beschlag genommen wurden, so dass sie nicht mehr als 60.000 PCR's pro Tag herstellen und die in- und ausländische Nachfrage nicht befriedigen konnten (S. 119); und dies wurde durch den Engpass verschärft, der sich aus dem Nichtvorhandensein von Tupfern für die Probenextraktion ergab, der sofort hätte gelöst werden können, wenn man den spanischen Herstellern freie Hand gelassen hätte (S. 114). Oder die allgemeine Verknappung von Masken, Desinfektionsgelen und Nitrilhandschuhen auf dem Markt durch staatliche Regulierung und Preisobergrenzen, und das alles in den Monaten der maximalen Ausbreitung des Virus (S. 116).<sup>17</sup> Oder wie von 971 Millionen Einheiten verschiedener Produkte (Masken, Handschuhe, Kittel, Beatmungs- und Diagnosegeräte usw.), die seit März gekauft worden waren, bis September 2020 nur 226 Millionen verteilt wurden, während der Rest in mehreren Industrielagern "auf Halde" lagert (S. 118).

Und so weiter und so fort, in einer endlose Reihe, die wie eine Beschreibung der systematischen Ineffizienzen von Produktion und Verteilung in der untergegangenen Sowjetunion während des letzten Jahrhunderts wirkt, die zum endgültigen Zusammenbruch des kommunistischen Regimes nach 1989 führten.<sup>18</sup>

---

<sup>17</sup> Preisobergrenzen erzeugen bekanntlich Knappheit, Verknappung und Schwarzmärkte. Im Falle eines dringenden Bedarfs an einem Produkt (z.B. Gesichtsmasken) besteht die einzig sinnvolle Politik darin, die Preise zu liberalisieren, so dass sie soweit steigen wie nötig, und die Massenproduktion zu fördern, bis der Nachfrageanstieg befriedigt und das Problem gelöst ist. Die Erfahrung zeigt, dass die Preise sehr bald wieder auf ihr vorheriges Niveau zurückkehren (auf jeden Fall lange bevor die notwendige Produktionssteigerung durch öffentliche Kanäle erreicht wird, die immer, anders als auf einem freien Markt, spät, tröpfchenweise und mit sehr geringer Qualität eintrifft). Das Argument, dass hohe Preise nicht fair sind, macht also keinen Sinn, denn die Alternative ist viel schlimmer: viel längere Knappheit, Schwarzmarkt und schlechte Qualität; wenn wir sicherstellen wollen, dass die am meisten Benachteiligten Masken zu einem niedrigen Preis und so schnell wie möglich erwerben können, müssen wir den Preis von Anfang an so weit steigen lassen, wie es der Markt bestimmt.

<sup>18</sup> Zum Zeitpunkt des Verfassens dieser Zeilen wiederholen sich all diese Probleme, die wir gesehen haben, in dem langsamen und unkoordinierten Prozess (der ebenfalls von den staatlichen Behörden unter völligem Ausschluss privater Initiative monopolisiert wurde) bezüglich der Verteilung und Impfung



Und wir wiederholen, all dies war nicht auf den Mangel an Arbeit, Management und gar guten Absichten unserer Regierungen zurückzuführen, sondern auf ihren Mangel an den elementarsten Kenntnissen der Ökonomie (und das, obwohl wir Philosophieprofessoren und sogar "Doktoren" in unserem Fach an der Spitze der spanischen Regierung hatten). Es sollte also nicht überraschen, dass sie in einem Moment höchster Dringlichkeit und Schwierigkeit, wie es Regierende immer tun, weil das genau ihre Rolle oder Aufgabe im staatlichen Rahmen ist, auf Zwang, Regulierung, Konfiszierung usw. setzten, statt auf die Freiheit des Unternehmertums, der Produktion und des Vertriebs, und darauf, die private Initiative und die freie Ausübung der unternehmerischen Funktion zu unterstützen, statt sie zu behindern.

## 2.2. Andere von der Theorie vorhergesagte Kollateraleffekte des Etatismus

Abgesehen von den grundlegenden Effekten der Fehlanpassung, des Mangels an Koordination, der Verantwortungslosigkeit und des Mangels an Wirtschaftsrechnung erzeugt der Etatismus eine ganze Reihe weiterer negativer Effekte, die auch im letzten Teil des Kapitels III meines Buches über den Sozialismus untersucht werden.<sup>19</sup> Ein weiteres typisches Merkmal des Etatismus und der Behörden, die ihn verkörpern, ist der Versuch, Krisen, in diesem Fall die durch die Pandemie entstandene, nicht nur zum Machterhalt, sondern vor allem zum weiteren Ausbau dieser Macht auszunutzen, indem sie die Bürger zu diesem Zweck mit politischer Propaganda manipulieren und sogar systematisch täuschen.<sup>20</sup> So haben die chinesischen Behörden seit dem Auftreten der Pandemie zunächst versucht, das Problem zu vertuschen, indem sie die Ärzte, die es anprangerten,

---

von Covid-19 an die gesamte Bevölkerung. Siehe Hans-Werner Sinn, "La debacle vacunatoria en Europa", *Expansión*, Montag, 1. Februar 2021, Seite 38.

<sup>19</sup> Jesús Huerta de Soto, *Sozialismus, Wirtschaftsrechnung und unternehmerische Funktion*, op.cit., S. 65-82.

<sup>20</sup> "Zudem werden sozialistische Systeme dazu tendieren, ihre politische Propaganda zu übertreiben. Durch diese möchten sie die Effekte der Befehle auf den gesellschaftlichen Prozess idealisieren, während sie zugleich betonen, dass das Fehlen der Eingriffe negative Folgen für die Gesellschaft nach sich ziehen würde. Der systematische Betrug an der Bevölkerung, die Verfälschung von Fakten [...] um die Öffentlichkeit von der Notwendigkeit zu überzeugen, Strukturen beizubehalten und zu verstärken – all das sind typische Merkmale der korrumpierenden Folgen, die der Sozialismus auf Regierungen und Behörden ausübt." Jesús Huerta de Soto, *Sozialismus, Wirtschaftsrechnung und unternehmerische Funktion*, op.cit, p. 73. Wieder einmal spiegelt sich das Regierungshandeln in der beunruhigenden Frage, die die bereits erwähnte Serie *Tschernobyl* abschließt: "Was waren die wahren Kosten der Lügen?"

verfolgten und schikanierten, und dann eine dreiste Kampagne zur Verringerung der Zahl der Todesfälle, der Verschleierung und der mangelnden Transparenz unternahmen, die mindestens bis heute anhält. Denn zu diesem Zeitpunkt (Januar 2021), also mehr als ein Jahr nach dem Ausbruch der Pandemie, hat die chinesische Regierung der internationalen Kommission, die von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) organisiert wurde, um unabhängig den wahren Ursprung der Pandemie zu untersuchen, noch keinen Zugang zu ihrem Land gewährt.

Im Fall des spanischen Staates haben die oben genannten Arbeiten mehrere Lügen dokumentiert, die absichtlich und systematisch in Form von politischer Propaganda lanciert wurden, um die Öffentlichkeit zu manipulieren und zu täuschen, so dass diese die wahren Kosten des staatlichen Managements nicht schätzen konnte. Unter ihnen heben wir wegen ihrer Wichtigkeit folgende hervor: erstens die tatsächliche Zahl der Todesfälle (laut Mikel Buesa wurden bisher nur 56,4 Prozent von insgesamt fast 90.000 gemeldet -p. 76-); zweitens die Gesamtzahl der tatsächlich Infizierten (je nach Zeitpunkt der Pandemie zwischen dem Fünf- und Zehnfachen der gemeldeten Fälle); und drittens die falschen, um 50 Prozent aufgeblähten Daten, die die Regierung Ende März 2020 vorsätzlich der Financial Times hinsichtlich der durchgeführten PCR-Tests (355.000 statt der echten 235.000) zur Verfügung stellte und die dann von der Regierung selbst öffentlich benutzt wurden, um sich damit zu brüsten, eines der Länder mit den meisten durchgeführten Tests zu sein (z.B. S. 113 in Bueas Buch).

Staaten im Allgemeinen und ihre Regierungen im Besonderen streben ihre Ziele immer in einer *extensiven* und *voluntaristischen* Weise an<sup>21</sup>, indem sie so tun, als ob durch den bloßen Zwangswillen, der in ihren Befehlen und Vorschriften verkörpert ist, die beabsichtigten Ziele erreicht werden. Extensiv, da die Erreichung der verfolgten Ziele nur anhand der am leichtesten messbaren Parameter bewertet wird, in diesem Fall die Anzahl der Todesfälle, die kurioserweise in der offiziellen Statistik, wie wir gesehen haben, um fast die Hälfte reduziert werden konnten. Und

---

<sup>21</sup> Ibidem S. 70.

was die Prostitution des Rechts und der Justiz betrifft, die ebenfalls eine typische Nebenwirkung des Sozialismus ist<sup>22</sup>, so dokumentiert Buesa detailliert den Machtmissbrauch und den ungeschickten und verfassungswidrigen Gebrauch des Alarmzustands. Statt eines Alarmzustands wäre die Ausrufung eines echten Ausnahmezustands mit allen in der Verfassung vorgesehenen Kontrollgarantien angemessen gewesen. Durch die Ausrufung des Alarmzustands wurden sowohl die so genannte "Rechtsstaatlichkeit" als auch der wesentliche Inhalt der Verfassung missachtet (Buesa, S. 96-108 und 122).

Besonders hervorzuheben ist die Abhängigkeit und Komplizenschaft einer ganzen Koryphäe von Wissenschaftlern, "Experten" und Intellektuellen gegenüber dem Staat. Diese Koryphäen sind von der politischen Macht abhängig und setzen sich dafür ein, allen vom Staat ausgehenden Entscheidungen einen vermeintlich wissenschaftlichen Rückhalt zu geben und so die Aura der Wissenschaft zu nutzen, um die Zivilgesellschaft zu entwaffnen und wehrlos zu machen. Das "Social Engineering" oder der wissenschaftliche Sozialismus ist eine der typischsten und perversesten Erscheinungsformen des Etatismus, weil er einerseits zu rechtfertigen vorgibt, dass Experten aufgrund ihres angeblich höheren Ausbildungs- und Wissensstandes legitimiert sind, unser Leben zu lenken, und andererseits versucht, jede Beschwerde oder Opposition abzublocken, indem er einfach die angebliche Unterstützung der Wissenschaft anführt. Kurz gesagt, die Regierungen wollen uns glauben machen, dass sie aufgrund des angeblich größeren Wissens und der intellektuellen Überlegenheit ihrer wissenschaftlichen Berater gegenüber dem Rest der normalen Bürger legitimiert sind, die Gesellschaft mittels Zwangsbefehlen so zu gestalten, wie sie es wünschen. An anderer Stelle<sup>23</sup> habe ich auf die Litanei von Irrtümern hingewiesen, in die dieser von der fatalen Arroganz der "Experten" und Techniker gespeiste "Machtrausch" verfällt. Diese Arroganz hat ihren Ursprung in dem fundamentalen Irrtum zu glauben, dass die verstreuten praktischen Informationen, die von den Akteuren des sozialen Prozesses ständig erzeugt und weitergegeben werden, mit wissenschaftlichen Mitteln auf zentralisierte Weise

---

<sup>22</sup> Ibidem, S. 75-80.

<sup>23</sup> Ibidem, S. 86-89.

erkannt, artikuliert, gespeichert und analysiert werden können, was theoretisch und praktisch unmöglich ist.<sup>24</sup>

### 2.3. Pandemie: Freie Gesellschaft und Marktwirtschaft

Man kann nicht wissen, wie eine freie Gesellschaft, die nicht durch den systematischen Zwang des staatlichen Interventionismus gegängelt wird, einer so ernststen Pandemie wie der gegenwärtigen begegnen würde, die zweifellos auch in wirtschaftlicher und gesundheitlicher Hinsicht tiefgreifende Auswirkungen haben würde. Aber es ist klar, dass die gesellschaftliche Antwort auf unternehmerischer Kreativität und dynamischer Effizienz bei der Erkennung und Bewältigung von auftretenden Problemen beruhen würde. Und gerade dieser Impuls der unternehmerischen Kreativität verhindert, dass wir die Lösungen im Detail kennen, da die unternehmerischen Informationen bisher noch nicht geschaffen wurden, weil der monopolistische Staatszwang dies verhindert. Daher sind die Lösungen heute nicht bekannt und können es auch gar nicht sein. Trotzdem gibt uns die unternehmerische Kreativität gleichzeitig die Gewissheit, dass die Probleme tendenziell sehr agil und effizient erkannt und gelöst werden würden.<sup>25</sup> Das ist, wie wir analysiert haben, genau das Gegenteil von dem, was beim Staat und dem gemeinsamen Handeln seiner

---

<sup>24</sup> Die durch den Interventionismus erzeugten ständigen Fehlentwicklungen werden von Experten und Machthabern in der Regel auf die "mangelnde Zusammenarbeit" der Bürger zurückgeführt und als weitere Rechtfertigung für neue Dosen institutionellen Zwangs in einem Prozess totalitären Machtzuwachses verwendet, der angesichts des wachsenden Koordinationsmangels in der Regel von ständigen "Schocks, plötzlichen Politikwechseln und radikalen Veränderungen der Inhalte von Anweisungen oder deren Anwendungsgebieten – alles in der unnützen Hoffnung, durch asymmetrische Experimente mit neuen Typen und Formen des Sozialismus Lösungen für die besprochenen unlösbaren Aufgaben anzubieten", begleitet wird. Vielleicht ist die beschämende Episode mit den Masken, von denen die Experten zunächst abrieten, um sie zwei Monate später selbst im Freien (!) für unverzichtbar und obligatorisch zu erklären, eine perfekte Illustration dieses Punktes. Siehe, Jesús Huerta de Soto, *Sozialismus, Wirtschaftsrechnung und unternehmerische Funktion*, op. cit, S. 67. Siehe auch: "Macron y la vacunación", *El País*, Sonntag, 10. Januar 2021, S. 10. Und das alles, ohne die tragische Realität der Diskriminierung zu erwähnen, der die öffentlichen Behörden die Altenheime unterworfen haben, oder die Tatsache, dass in den kritischsten Momenten der Pandemie bei vielen Gelegenheiten ein Beamter (ein öffentlicher Krankenhausarzt) darüber entschied, welche kritischen Covid-19-Patienten es verdienen zu leben oder nicht.

<sup>25</sup> Israel Kirzner, *Discovery and the Capitalist Process*, The University of Chicago Press, Chicago und London 1985, S. 168.

Politiker und Bürokraten geschieht, egal wie viel guten Willen und Arbeit sie in ihre Bemühungen stecken. Und obzwar wir uns die enorme Vielfalt, den Reichtum und den Erfindergeist, die mobilisiert würden, um mit den Problemen umzugehen, die sich aus einer Pandemie in einer freien Gesellschaft ergeben würden, nicht einmal vorstellen können, haben wir verschiedene Anhaltspunkte, die es uns erlauben, eine ungefähre Vorstellung von dem völlig anderen Szenario zu bekommen, das sich in einem vom Staatszwang freien Umfeld ergeben würde.<sup>26</sup>

So würden zum Beispiel im Gegensatz zu absoluten und allumfassenden Lockdowns - und der damit einhergehenden erzwungenen wirtschaftlichen Schließung - (Maßnahmen die, das sollte nicht vergessen werden, ihren Ursprung nicht zuletzt im kommunistischen China haben), in einer freien Gesellschaft viel dezentralere Maßnahmen eines disaggregierten "mikro"-Typs vorherrschen, wie etwa selektive Schließungen auf der Ebene von (privaten) Wohnsiedlungen, Eigentümergemeinschaften, Gemeinden, Unternehmen, Residenzen usw. Angesichts der Zensur in den entscheidenden Wochen des Beginns der Pandemie (und der Verfolgung derjenigen, die die Zensur aufdeckten), würden Informationen mit enormer Geschwindigkeit frei und effizient gefiltert. Angesichts der Langsamkeit und Unbeholfenheit bei Kontrolle und Testen, würden möglicherweise Infizierte von Anfang an von Geschäftsleuten und Besitzern von Krankenhäusern, Wohnheimen, Flughäfen, Bahnhöfen, Transportmitteln usw. aus eigenem Interesse und dem ihrer Kunden sofort und mit großer Agilität kontrolliert und getestet. Von punktuellen Ausnahmen abgesehen gäbe es in einer freien Gesellschaft und einem freien Markt keine ernsthaften Probleme mit Knappheit oder Engpässen. Die Verwendung von Masken würde nicht entmutigt werden, wenn die halbe Welt sie mit guten Ergebnissen verwendet hat, noch würde ihre Verwendung in allen Fällen pauschal auferlegt werden. Der unternehmerische Einfallsreichtum würde sich auf das Testen, Entdecken

---

<sup>26</sup> Die Nutzung der Logistik- und Transportknotenpunkte mit China durch das Privatunternehmen INDITEX („Zara“) ermöglichte es beispielsweise, in Rekordzeit mehr als 35 Millionen Hygieneschutzeinheiten (sowie 1200 Atemschutzgeräte) nach Spanien zu bringen, die über die üblichen öffentlichen Kanäle viel später und in schlechteren Konditionen angekommen wären. Ein anderes Beispiel ist der Fall des Restaurants "Coque", mit zwei Sternen im Guide Michelin, das in Madrid Tausende von Mahlzeiten für Bedürftige und Betroffene der Pandemie zubereitet und verteilt hat, usw., usf.

und Innovieren von Lösungen konzentrieren, und zwar auf eine polyzentrische und wettbewerbsorientierte Art und Weise und nicht, wie es jetzt geschieht. Jetzt wird durch die zentrale und monopolistische Planung des Staates der größte Teil des kreativen Potenzials der Menschheit blockiert und betäubt.<sup>27</sup> Ganz zu schweigen von dem enormen Unterschied und Vorteil bei der Erforschung und Entdeckung von Heilmitteln und Impfstoffen, die die Privatinitiative und das private Unternehmertum haben. Selbst unter den gegenwärtigen Umständen sind die Staaten gezwungen, auf die Privatinitiative zurückzugreifen, um schnell an Heilmittel und Impfstoffe heranzukommen, da ihre bombastischen und gut finanzierten öffentlichen Forschungsinstitute nicht in der Lage sind, rechtzeitig wirksame Lösungen anzubieten.<sup>28</sup> Und dasselbe könnte man über die viel größere Agilität und Effizienz der privaten Gesundheitsnetzwerke (Krankenkassen, private Krankenhäuser, religiöse Einrichtungen, Stiftungen aller Art usw.) sagen, mit der zusätzlichen Möglichkeit, die Kapazitäten in Krisenzeiten mit viel größerer Elastizität und Geschwindigkeit zu erweitern (als Beispiel sei daran erinnert, dass kurioserweise fast 80 Prozent der spanischen Beamten selbst - einschließlich der Vizepräsidentin der sozialistischen Regierung - aus freien Stücken die private Gesundheitsversorgung der öffentlichen vorziehen. Ungerechterweise steht diese Option dem Rest ihrer spanischen Mitbürger nicht offen. Dennoch hat mindestens ein Viertel von ihnen das Opfer auf sich genommen zusätzlich zu der öffentlichen Zwangsrankenversicherung eine private Krankenversicherung abzuschließen). Und so weiter und so fort.<sup>29</sup>

---

<sup>27</sup> Siehe unter vielen anderen den klassischen Aufsatz von F. A. Hayek, "Competition as a Discovery Procedure", in *New Studies in Philosophy, Politics, Economics and the History of Ideas*, Routledge, London 1978.

<sup>28</sup> Die Regierungen prangern ständig und mit zweierlei Maß jedes noch so kleine Versagen im privaten Sektor an, während die viel größeren und eklatanteren Versäumnisse im öffentlichen Sektor als endgültiger Beweis dafür angesehen werden, dass der öffentliche Sektor nicht genug ausgibt und dass die öffentlichen Ausgaben und Steuern weiter erhöht werden müssen.

<sup>29</sup> Es liegt auf der Hand, dass diejenigen Behörden, die etwas weniger in die Freiheit ihrer Bürger eingegriffen und die weniger Zwang angewendet haben, wie beispielsweise Hongkong, Korea, Singapur oder, was uns näher liegt, innerhalb Spaniens das Bundesland Madrid vergleichsweise positivere Ergebnisse erzielen, obwohl sie die unlösbaren Probleme des staatlichen Interventionismus nicht loswerden konnten. Diese positiven Beispiele sind ein zusätzlicher Hinweis und eine Veranschaulichung zu jenen, die wir bereits im Haupttext kommentiert haben. Im Übrigen deutet das populäre Sprichwort, dass "die eine Hälfte Spaniens damit beschäftigt ist, die andere Hälfte zu regulieren, zu kontrollieren oder zu sanktionieren", und hinter dem viel Wahres steckt, darauf hin, dass es zumindest einen positiven Effekt des radikalen Lockdowns und des Stillstands des Lebens gibt. Dieser besteht gerade

## 2.4. Servilität und Bürgergehorsam

Zum Abschluss dieses Abschnitts sollten wir uns vielleicht die Frage stellen, warum trotz aller Unzulänglichkeiten, Unterversorgung und Widersprüche der staatlichen Verwaltung, die durch die ökonomische Analyse aufgedeckt wurden<sup>30</sup>, die Mehrheit der Bürger, verführt von ihren Politikern und Behörden, ihnen weiterhin mit ebenso viel Resignation wie Disziplin gehorcht. Seit dem Erscheinen seiner *Abhandlung über die freiwillige Knechtschaft* im Jahr 1574 hat Etienne de la Boétie<sup>31</sup> vier Erklärungsfaktoren für die Unterwürfigkeit der Bürger gegenüber Herrschern und Obrigkeiten identifiziert, die auch heute noch sehr relevant sind: die Gewohnheit, jemandem zu gehorchen, deren Ursprung in Stammes- und Familienvergangenheit liegt, wird auf die Ebene der gesamten Gesellschaft extrapoliert; die immerwährende Selbstdarstellung der politischen Macht mit einem "heiligen" Etikett (Gottesgnadentum in der Vergangenheit, Volkssouveränität und demokratische Unterstützung heute), das die vermeintliche Gehorsamspflicht legitimieren würde; die ständige Schaffung einer großen Gruppe von bedingungslosen Unterstützern (früher "Prätorianer"-Gardisten, heute Experten, Beamte etc. ), deren Existenz von der politischen Macht abhängt, und welche die politische Macht kontinuierlich unterstützen, ihr zujubeln und sie bewahren; schließlich der Kauf der Unterstützung des Volkes durch die kontinuierliche Gewährung von Subventionen (früher die Subventionierung von Mieten und Preisen, heute z.B. Leistungen des selbstgefällig so bezeichneten "Wohlfahrtsstaates"), die die Bürger progressiv und irreversibel von der politischen Macht abhängig machen. Nimmt man noch die (vom Staat selbst geschürte) Angst

---

darin, dass die Zivilgesellschaft zumindest teilweise und für einige Monate ein Nachlassen des Drucks der Regulierung, Kontrolle und Sanktionierung spüren konnte.

<sup>30</sup> Wir haben im Haupttext nicht auf die Beiträge der so genannten "Public-Choice-Schule" hingewiesen, die die Versäumnisse der demokratischen öffentlichen Verwaltung herausstellt (insbesondere die so genannten Auswirkungen der Rationalität der Unwissenheit der Wähler, die perverse Rolle privilegierter Interessengruppen, die Kurzsichtigkeit und Kurzfristigkeit der Regierung und die größenwahnsinnige und ineffiziente Natur der Bürokratie) und die in den 1980er Jahren populär wurde (als ihr wichtigster und bahnbrechender Förderer James M. Buchanan 1986 den Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften erhielt). Ihre Argumente müssen hier als wiedergegeben betrachtet werden (siehe auch die Bibliographie, die ich in Fußnote 100, S. 72 meines Buches *Sozialismus, Wirtschaftsrechnung und unternehmerische Funktion*, op. cit., zitiere).

<sup>31</sup> Es gibt verschiedene deutsche Ausgaben, beispielsweise jene von Jürgen Müller, veröffentlicht im März 2013 durch den Verlag Ahrend & Wenger.

hinzu, die vor allem in Zeiten schwerer Krisen (Kriege, Pandemien) die Aufforderung an den Herrscher hervorruft, etwas zu tun, so erklärt dies die Zunahme und Verfestigung des unterwürfigen Verhaltens der Bürger vor allem in solchen Situationen. Aber sobald man die theoretischen und philosophischen Begriffe ein wenig tiefer untersucht, offenbart sich die fehlende moralische und ethische Legitimität der besonderen Autorität, die dem Staat zugeschrieben wird. Das hat unter anderem Michael Huemer in seinem Buch *The Problem of Political Authority* gezeigt.<sup>32</sup> Natürlich können wir hier nicht diese schwerwiegende Problematik entwickeln, die ohne jeden Zweifel die Grundlage der wichtigsten sozialen Krise unserer Zeit (und in gewissem Sinne aller Zeiten) ist. Aber im Rahmen der von uns durchgeführten wirtschaftlichen Analyse der Pandemien können wir sehen, dass es einen "Virus" gibt, der noch tödlicher ist als die aktuelle Pandemie, und das ist kein anderer als der Etatismus, "der die menschliche Seele infiziert und uns alle angesteckt hat".<sup>33</sup>

### **3. Die Pandemie als Vorwand für die Verschärfung der fiskalischen und monetären Zügellosigkeit von Regierungen und Zentralbanken.**

#### *3.1 Dynamische Effizienz als notwendige und hinreichende Bedingung für die Erholung der Wirtschaft von einer Pandemie*

Jede Wirtschaft, die von einer Pandemie betroffen ist, muss einige Bedingungen erfüllen, die zunächst die Anpassung an die neuen Umstände mit möglichst geringen Kosten und nach Beendigung der Pandemie den Beginn einer gesunden und nachhaltigen Erholung ermöglichen. Wir haben bereits im ersten Teil dieses Beitrags gesehen, welche möglichen strukturellen Auswirkungen eine Pandemie kurz-, mittel- und schließlich langfristig haben kann und welche Rolle die durch die Pandemie erzeugte natürliche Zunahme der Unsicherheit zunächst auf den Anstieg

---

<sup>32</sup> Übersetzt ins Spanische von Javier Serrano und veröffentlicht von Editorial Planeta-Deusto, in Bilbao im Jahr 2019. Das Buch trägt den suggestiven Untertitel "An Examination of the Right to Coerce and the Duty to Obey".

<sup>33</sup> Jesús Huerta de Soto, "Il virus più letale", *Il Giornale*, Milán, 14 Mai 2020, S. 1 und 24. Eine Version wurde später als, "El virus más letal", *Procesos de Mercado*, vol. XVII, nº 1, Primavera 2020, S.439-441 veröffentlicht. Der Beitrag wurde unter dem Titel „Gefährlicher als das Virus“ am 1. Juli 2020 auf *Tichy's Einblick* veröffentlicht: <https://www.tichyseinblick.de/gastbeitrag/je-weiter-weg-vom-geschehen-desto-falscher-die-politik/>.



der Geldnachfrage und dessen Kaufkraft hat: Bei einem Lockdown, in dem die Produktion vorübergehend gelähmt ist, ist es besonders wichtig, dass es einen begleitenden Rückgang der Nachfrage gibt, um Konsumgüter und Dienstleistungen freizusetzen, und so den Mindestkonsumbedarf all derer zu decken, die gezwungen sind, ihre produktive Arbeitstätigkeit auszusetzen. Mit anderen Worten: Der Anstieg der Kassenhaltung und die Senkung der nominalen Preise erleichtern die Anpassung der Verbraucher und der Wirtschaftsakteure an die schwierigen Umstände und ermöglichen gleichzeitig allen schnell zu reagieren, sobald das Ende des Tunnels in Sicht ist und das Vertrauen wieder zunimmt. Aber in jedem Fall muss die Wirtschaft "dynamisch effizient" sein,<sup>34</sup> damit sie in der Lage ist, die sich abzeichnenden Chancen zu entdecken und es möglich zu machen, sie auch zu nutzen und den Aufschwung in Gang zu setzen. Für eine dynamische Effizienz ist all das notwendig, was die freie Ausübung der unternehmerischen Funktion, sowohl der kreativen als auch der koordinierenden, aller Wirtschaftsakteure ermöglicht und erleichtert. So sind die Akteure in der Lage, die verfügbaren wirtschaftlichen Ressourcen für neue rentable und nachhaltige Investitionsprojekte zu mobilisieren, die sich auf die Produktion von Gütern und Dienstleistungen konzentrieren, die die Bedürfnisse der Bürger befriedigen und die von ihnen kurz-, mittel- und langfristig von sich aus nachgefragt werden. In einem Kontext von Volkswirtschaften, in die der Staat stark eingreift, wie die unsrigen, erfordert dies, dass der Prozess der Preisbildung und Festsetzung durch das freie Unternehmertum mit aller Agilität durchgeführt wird. Dafür müssen die Märkte maximal liberalisiert werden, insbesondere der Arbeitsmarkt und die Märkte der übrigen Produktionsfaktoren, indem alle die Wirtschaft verkrustenden Regulierungen beseitigt werden. Darüber hinaus darf der öffentliche Sektor nicht die Ressourcen verschwenden, die Unternehmen und Wirtschaftsakteure benötigen, um zunächst mit den Verwüstungen der Pandemie fertig zu werden und zu überleben und dann, wenn sich die Lage bessert, alle verfügbaren Ersparnisse und ungenutzten Ressourcen für

---

<sup>34</sup> Jesús Huerta de Soto, "La teoría de la eficiencia dinámica", *Procesos de Mercado*, vol. 1, nº 1, primavera 2004, pp. 11-71. Deutsche Übersetzung in Jesús Huerta de Soto, *Die Theorie der dynamischen Effizienz*, Kapitel 1 „Die Theorie der dynamischen Effizienz“, Duncker&Humblot, Berlin, S. 21-58.

den Wiederaufbau zu nutzen. Es ist daher unerlässlich, mit einer allgemeinen Steuersenkung fortzufahren, die ein Maximum an Ressourcen in den Taschen der Bürger belässt und vor allem die Unternehmensgewinne und die Kapitalakkumulation so weit wie möglich von der Besteuerung befreit. Wir müssen daran erinnern, dass Gewinne das wesentliche Signal sind, das die Unternehmer in ihrer unersetzlichen kreativen und koordinierenden Arbeit leitet, wenn es darum geht, profitable und nachhaltige Investitionsprojekte aufzuspüren, zu beginnen und abzuschließen. Diese Projekte schaffen dann dauerhafte Beschäftigung. Zudem ist es notwendig, die Kapitalakkumulation zu fördern und nicht fiskalisch zu bestrafen, falls wir die arbeitenden Klassen und insbesondere die Schwächsten begünstigen wollen, da die Löhne, die sie verdienen, letztlich durch ihre Produktivität bestimmt werden, die umso größer sein wird, je höher das Pro-Kopf-Kapitalvolumen in Form von immer größeren und anspruchsvolleren Kapitalgütern ist, die ihnen von den Unternehmern zur Verfügung gestellt werden. Und was den Arbeitsmarkt betrifft, so sollten alle Arten von Regulierungen vermieden werden, die das Arbeitsangebot, die Arbeitsmobilität und die volle Verfügbarkeit der Arbeit für einen schnellen und agilen Wiedereinstieg in neue Investitionsprojekte reduzieren. Besonders schädlich sind daher die Festsetzung von Mindestlöhnen, die Versteifung und gewerkschaftliche Organisierung der Arbeitsbeziehungen im Unternehmen, die Behinderung und vor allem das gesetzliche Kündigungsverbot sowie die Schaffung von Subventionen und Hilfen (in Form von befristeten Beschäftigungsregelungen, Arbeitslosengeld, Existenzminimum), die in Kombination die Suche und den Wunsch nach Arbeit und Beschäftigung entmutigen können, wenn deutlich wird, dass es für viele interessanter ist, von Subventionen zu leben, ohne offiziell zu arbeiten und sich der Schattenwirtschaft zu widmen.<sup>35</sup>

All diese strukturellen Maßnahmen und Reformen müssen mit der notwendigen Reform des Wohlfahrtsstaates kombiniert werden. Diese Reform zielt darauf ab, die Verantwortung für Renten, Gesundheit und Bildung an die Zivilgesellschaft zurückzugeben und denjenigen, die dies wünschen, die

---

<sup>35</sup> Vergleiche zudem die Ausführungen in Jesús Huerta de Soto, *Geld, Bankkredit und Konjunkturzyklen*, op. cit., S. 318-19.

Möglichkeit zu geben, ihre Leistungen in den privaten Sektor auszulagern, mit einer entsprechenden Steuerreduzierung (wir haben bereits im vorherigen Abschnitt angedeutet, dass sich jedes Jahr fast 80 Prozent der Millionen von spanischen Beamten aus freien Stücken für eine private Gesundheitsversorgung und gegen die öffentliche entscheidet; dafür muss es einen Grund geben...).

Der Fahrplan für die am besten geeignetste Wirtschaftspolitik, um einer Pandemie zu begegnen und vor allem, um sich von ihr zu erholen, ist daher ziemlich klar. Seine wesentlichen Prinzipien sind den einen weithin bekannt, den anderen sogar ein "offenes Geheimnis." Letzteres ist vor allem bei all jenen der Fall, die auf populistische Demagogie setzen. Diese Demagogie weckt falsche und unrealistische Erwartungen in einer Bevölkerung, die in Zeiten einer Pandemie äußerst verängstigt und desorientiert ist.<sup>36</sup>

### *3.2. Erschöpfung der ultralockeren Geldpolitik in den Jahren vor der Pandemie*

Wenn wir uns nun auf die aktuelle Covid-19-Pandemie konzentrieren, die wir als Hauptbeispiel in dieser Arbeit analysiert haben, lohnt es sich, eine sehr wichtige Besonderheit hervorzuheben, die die künftige wirtschaftliche Entwicklung negativer als nötig bedingt und verzerrt. In der Tat entsteht und verbreitet sich diese Pandemie ab 2020 weltweit in einem ganz bestimmten Kontext. Für viele Monate davor und sogar Jahre und unter dem Vorwand, zunächst die beginnende Erholung nach der Großen Rezession von 2008 zu unterstützen und dann mit den vermeintlichen oder tatsächlichen Unsicherheiten umzugehen, die immer aufkommen (populistischer Protektionismus von Trump, Brexit, etc. ), hatten die Zentralbanken weltweit bereits eine ultralockere Geldpolitik mit Null- oder gar Negativzinsen und Geldspritzen eingeleitet, die es in ihrer Intensität, ihrem Ausmaß und ihrer internationalen Koordination in der Wirtschaftsgeschichte der Menschheit so noch nie gegeben hatte.

---

<sup>36</sup> Siehe beispielsweise P. Bagus, J.A. Peña Ramos y A. Sánchez Bayón, "Covid-19 and the Political Economy of Mass Hysteria", *Int. J. Environ. Res. Public Health*, 2021, 18 (4) 1376.

In meinem Artikel "Die Japanisierung der Europäischen Union"<sup>37</sup> erkläre ich, wie die ultralockere Geldpolitik, die die Zentralbanken vor dem Auftreten der Pandemie betrieben haben, einen selbstfrustrierenden Effekt hatte. Zum einen hat die ultralockere Geldpolitik es auffällig versäumt, die Preisinflation auf ein Niveau nahe der Zwei-Prozent-Marke anzuheben. Tatsächlich wurde die massiven Geldspritzen in einem Umfeld großer institutioneller Starrheit und Unsicherheit durch einen gleichzeitigen und allgemeinen Anstieg der Geldnachfrage durch die Wirtschaftsakteure weitgehend sterilisiert, da die Opportunitätskosten für die Kassenhaltung auf Null gesenkt wurden; außerdem haben sich in einem Rahmen ständiger Regulierung und wirtschaftlichen Interventionismus, der die Gewinnerwartungen belastet und verhindert, dass sich das seit der Großen Rezession von 2008 verlorene Vertrauen vollständig erholt, keine klaren Möglichkeiten für nachhaltige Investitionen ergeben. Infolgedessen war es nicht möglich, die notwendige Bereinigung aller Investitionsfehler abzuschließen, die in den Jahren der Blasen- und Kreditexpansion vor 2008 gemacht wurden. Zum anderen, und zweitens wurden, als die Zentralbanken mit ihrer Politik der massiven Geldspritze, der "quantitativen Lockerung" und der Senkung der Zinssätze auf Null begannen, alle Anreize, die die verschiedenen Regierungen (Spaniens, Italiens, Frankreichs, etc.) hätten haben können, um Reformen einzuleiten oder zu vollenden, "ipso facto" eliminiert. Die anstehenden wirtschaftlichen, regulatorischen und institutionellen Reformen sind für die Förderung eines vertrauensvollen Umfelds unerlässlich, in dem sich Unternehmer, frei von unnötigen Bindungen und Hindernissen, der Entwicklung ihrer Kreativität und langfristigen Investitionen widmen und nachhaltige Arbeitsplätze schaffen können. Denn welche Regierung wird die hohen politischen Kosten tragen, um z.B. ihren Haushalt in Ordnung zu bringen und den Arbeitsmarkt zu liberalisieren, wenn de facto jedes Defizit direkt oder indirekt und zum Nulltarif, d.h. vollständig monetarisiert, von der Zentralbank finanziert wird? So hält zum Beispiel die

---

<sup>37</sup> Jesús Huerta de Soto, "La Japonización de la Unión Europea", *Procesos de Mercado*, Vol. XVI, nº 2, Herbst 2019, S. 317 - 342, op. cit. Auf der anderen Seite ist das "Theorem der Unmöglichkeit des Sozialismus" voll auf Zentralbanken anwendbar, wie in Jesús Huerta de Soto, *Geld, Bankkredit und Konjunkturzyklen*, op. cit., pp. 452-472 gezeigt.

Europäische Zentralbank bereits fast ein Drittel der von den Mitgliedsstaaten der Eurozone ausgegebenen Staatsanleihen, und von dem Moment an, als sie mit ihrer Politik des wahllosen Aufkaufs derselben begann, stoppte sie den gesamten Prozess der wirtschaftlichen und institutionellen Reformen, die die Mitgliedsstaaten so dringend benötigten. Die Schlussfolgerung der Wirtschaftstheorie könnte nicht klarer sein: In einem Umfeld großer institutioneller Starrheit und wirtschaftlichen Interventionismus dient eine ultralockere Geldpolitik nur dazu, die Starrheit und Trägheit der betroffenen Volkswirtschaften auf unbestimmte Zeit aufrechtzuerhalten und die Verschuldung der jeweiligen öffentlichen Sektoren bis an ihre äußersten und schwer aufrechtzuerhaltenden Grenzen zu erhöhen.

### *3.3. Reaktion der Zentralbanken auf das überraschende Auftreten der Pandemie*

Und vor diesem besorgniserregenden wirtschaftlichen Hintergrund, in dem die Zentralbanken praktisch ihr gesamtes Arsenal an "unkonventionellen Waffen" der ultralockeren Geldpolitik verschossen haben, tauchte die Covid-19-Pandemie im Januar 2020 überraschend auf. Die Reaktion der Währungsbehörden bestand einfach aus mehr vom Gleichen: die Geldspritzen verdoppeln, wenn möglich sogar noch mehr, durch die Erhöhung ihrer Programme zum Ankauf von Finanzaktiva (deren Preis, zur Freude der Großinvestoren wie Investmentfonds, Hedge-Fonds, etc., nicht aufgehört hat zu wachsen. So vergrößern die Zentralbanken das Vermögen einiger weniger noch mehr, wenn gleichzeitig das Vermögen der meisten Bürger schrumpft und die Wirtschaft in eine Rezession gerät). Zudem beginnt auch de facto das neue Geld in zunehmendem Maße durch direkte Hilfen und Subventionen verteilt zu werden, die über das monetarisierte Staatsdefizit finanziert werden, so dass ein wichtiger Teil des neu geschaffenen Geldes bereits beginnt, direkt in den Taschen der Haushalte selbst anzukommen. Aber wir wissen spätestens seit Hume 1752<sup>38</sup>, dass die rein paritätische Verteilung von

---

<sup>38</sup> David Hume, "Of Money" in *Essays, Moral, Political and Literary*, E. F. Miller (ed), Liberty Classics, Indianapolis, 1985, S. 281 ff. Hume verweist ausdrücklich auf die Tatsache, dass, wenn durch ein

Geldeinheiten unter den Bürgern keine realen Effekte hat.<sup>39</sup> Aus diesem Grund wollen die Währungshüter von dem berühmten "Friedman'schen Hubschrauber" als Instrument ihrer Geldpolitik gar nichts wissen. Denn ihre Geldpolitik erzeugt nur dann scheinbare Expansionswirkungen, wenn zunächst nur wenige Sektoren, Unternehmen und Wirtschaftsakteure das neue Geld erhalten, mit allen Nebenfolgen einer Zunahme der Ungleichheit in der Einkommensverteilung zugunsten einiger weniger, die wir bereits im Zusammenhang mit den Auswirkungen der "Quantitative Easing"-Politik als bestimmendem Faktor der Bereicherung der Akteure auf den Finanzmärkten erwähnt haben. Unbestreitbar ist jedoch, dass das neue Geld, sofern es nicht von privaten Banken<sup>40</sup> und desmotivierten Unternehmenssektoren sterilisiert wird, früher oder später in den Taschen der Verbraucher landen und inflationäre Spannungen erzeugen wird, da der Hume-Effekt des unaufhaltsamen Kaufkraftverlustes der Geldeinheit offensichtlich wird. Und dieser Effekt wird immer deutlicher werden, wenn die anfängliche Unsicherheit der Haushalte überwunden ist und sie der Meinung sind, dass es nicht länger notwendig ist, so hohe Kassenbestände zu halten, oder dass sie einfach gezwungen sind, das Geld auszugeben, das sie in Form von Subventionen erhalten, um ihr Auskommen zu bestreiten, solange ihre Mitglieder arbeitslos sind und nicht produzieren können. In jedem Fall deutet alles in die gleiche Richtung: Eine wachsende monetäre Nachfrage bei einer durch die Pandemie geschrumpften Produktion führt unweigerlich zu einem wachsenden Aufwärtsdruck auf die

---

Wunder jeder Mann in Großbritannien über Nacht fünf Pfund mehr in der Tasche hätte, dies keinen wirklichen Effekt hätte, außer die Kaufkraft des Geldes zu vermindern (d.h. die nominalen Preise zu erhöhen), denn die Produktionskapazität des Vereinigten Königreichs würde identisch bleiben (S. 299). Mit seinem berühmten "Hubschrauber" hat Friedman dieses Beispiel von Hume lediglich kopiert und aktualisiert (ohne es zu zitieren).

<sup>39</sup> Mervyn King selbst, der ehemalige Gouverneur der Bank of England, musste beispielsweise einräumen: "Das vorherrschende Narrativ ist, dass die Kombination aus fiskalischen und monetären Stimuli ein Erfolg gegen die Pandemie war, aber ich sehe jetzt nicht wirklich den Nutzen des Zentralbankaktivismus. Ich diskutiere seit Tagen mit meiner Frau, ob es Zeit ist, in unserem Lieblingsrestaurant essen zu gehen: Der Tenor dieser Diskussion wird sich nicht ändern, weil die uns die Zinsen weiter senken". *El País*, Madrid, Sonntag, 17. Januar 2021, S. 38.

<sup>40</sup> Das Verhältnis der Währungsbehörden zu den privaten Banken ist "schizophren": Einerseits überschwemmen sie diese mit Liquidität zur Kreditvergabe, gleichzeitig drohen sie ständig damit, mehr Kapital zu verlangen und genau zu beobachten, wem sie Kredite geben.

Preise.<sup>41</sup> Und genau das zeichnet sich zum Zeitpunkt des Verfassens dieses Artikels (Januar 2021) bereits ab. Zum Beispiel steigen die Preise für landwirtschaftliche Produkte weiter und haben den höchsten Stand seit drei Jahren erreicht; dasselbe geschieht mit den Frachtraten und vielen anderen Rohstoffen (Mineralien, Öl, Erdgas usw.), die sehr hohe Preise erreichen, sogar Rekordhöhen.

#### *3.4. Die Sackgasse, in der sich die Zentralbanken befinden*

Die Schlussfolgerung könnte nicht eindeutiger sein. Die Zentralbanken sind in eine echte Sackgasse geraten. Wenn sie die Flucht nach vorne antreten und ihre Politik der monetären Expansion und der Monetarisierung eines immer größer werdenden Staatsdefizits noch weiter vorantreiben, laufen sie Gefahr, eine ernsthafte Krise der Staatsverschuldung und der Inflation zu erzeugen. Wenn sie aber - aus Angst vor dem Szenario der "Japanisierung" vor der Pandemie zu einem „Venezuela“-ähnlichem Szenario nach der Pandemie überzugehen - ihre ultralockere Geldpolitik beenden, dann wird die Überbewertung der öffentlichen Staatsanleihenmärkte sofort offensichtlich werden und eine große Finanzkrise und wirtschaftliche Rezession hervorrufen, die mittel- und langfristig so schmerzhaft wie gesund sein wird. Und Tatsache ist, dass es, wie das "Theorem der Unmöglichkeit des Sozialismus" zeigt, für Zentralbanken (echte Behörden der zentralen Finanzplanung) unmöglich ist zu wissen, was die jeweils günstigste Geldpolitik ist.

Angesichts der Offensichtlichkeit der gegenwärtigen sehr schwierigen Situation ist es sehr anschaulich, die Empfehlungen und Reaktionen zu beobachten, die in zunehmend nervöser und ängstlicher (ich würde sogar sagen "hysterischer") Form von Investoren, "Experten", Kommentatoren und sogar von den renommiertesten Wirtschaftsführern und Währungsbehörden ausgesprochen werden.

So werden zum Beispiel ständig neue Artikel und Kommentare veröffentlicht, vor allem in den Finanzzeitungen, angeführt von der Financial Times. Diese

---

<sup>41</sup> Vgl. unter anderen Michael D. Bordo y Mickey D. Levy, "The Short March Back to Inflation", *The Wall Street Journal*, 4. Februar 2021, S. A17.

Zeitungen neigen immer dazu, die Märkte zu beruhigen und ausnahmslos die Botschaft aussenden, dass die Null- (oder sogar Negativ-) Zinsen noch viele Jahre lang so bleiben werden, da die Zentralbanken nicht von ihrer ultralockeren Geldpolitik ablassen werden, so dass die Investoren beruhigt sein können und weiterhin mit dem Handel und den Käufen an den Rentenmärkten reich werden. Die Zentralbanken wiederum bauen vor und kündigen die Revision ihrer Inflationsziele an, mit der Absicht, sie (offensichtlich nach oben) zu "lockern", und unter dem Vorwand, die Jahre zu kompensieren, in denen sie die Inflationsziele nicht erreichen konnten, und um zu rechtfertigen, dass sie keine geldpolitischen Gegenmaßnahmen ergreifen, selbst wenn die Inflation steigt.<sup>42</sup> Andere Berater der Währungsbehörden schlagen sogar vor, das Inflationsziel aufzugeben und direkt die Aufrechterhaltung einer bestimmten, besonders niedrigen Zinskurve als Ziel einzuführen (d.h. von Null- oder sogar negativen Zinssätzen für viele Jahre der Zinskurve, wofür alle notwendigen "Offenmarkt"-Operationen durchgeführt würden). Und all dies wird von den Anhängern der so genannten "Modern Monetary Theory" unterstützt, die trotz ihres Namens weder modern noch geldtheoretisch ist, sondern nur ein Potpourri alter keynesianischer und merkantilistischer Rezepte, die eher für die spanischen „Arbitristas“ vergangener Jahrhunderte typisch sind (da sie behaupten, dass das Defizit irrelevant ist, weil es unbegrenzt durch die Emission von Schulden und deren Monetarisierung finanziert werden kann), als für die wahren Theoretiker unserer Disziplin. Diese Rezepte richten unter unseren wirtschaftlichen und geldpolitischen Verantwortlichen Chaos an.<sup>43</sup> Und so kommen wir zum letzten der "Vorschläge", die immer beliebter werden: die Streichung der von den Zentralbanken erworbenen Staatsschulden (die, wie wir gesehen haben, bereits fast ein Drittel der Gesamtschulden ausmachen).

---

<sup>42</sup> Die Durchführung einer solchen Politik würde den Euro politisch so stark belasten, dass sie sehr wahrscheinlich seine Existenz gefährden würde.

<sup>43</sup> Siehe z.B. Patrick Newman, "Modern Monetary Theory: An Austrian Interpretation of Recrudescing Keynesianism", *Atlantic Economic Journal*, Nr. 48, 2020, S. 23-31, sowie die kritischen Artikel von Mark Skousen und Gordon L. Brady, die in der gleichen Ausgabe dieser Zeitschrift veröffentlicht wurden. Zu denjenigen, die sich am meisten von der "modernen Geldtheorie" haben verführen lassen, gehört Mario Draghi selbst: siehe z.B. "Las claves del plan Draghi" um Italien zu retten, *ABC*, 4. Februar 2021, S. 30.



Zunächst einmal ist es offensichtlich, dass diejenigen, die zunehmend in den Chor der Befürworter dieser Annullierung einstimmen, sich selbst bloßstellen. Denn wenn, wie sie behaupten, die Zentralbanken immer die bei Fälligkeit der alten Schuldpapiere neu ausgegebenen und zu Null verzinsten Staatsanleihen aufkaufen, dann gäbe es keinen Bedarf für eine Annullierung der Schulden. Sie würden bei Fälligkeit einfach immer wieder erneuert. Allein die Tatsache, dass sie jetzt um eine solche Abschreibung bitten, unterstreicht ihre Nervosität über die zunehmenden Anzeichen einer anziehenden Inflation und ihre damit einhergehende Angst, dass die Anleihemärkte zusammenbrechen und die Zinsen wieder steigen werden. Unter diesen Umständen wäre es für sie von entscheidender Bedeutung, den Druck auf die verschwenderischen Regierungen mit einer Annullierung zu lindern. Denn eine derartige Annullierung würden einer Abschreibung von fast einem Drittel der gesamten emittierten Staatsschulden gleichkommen und würde nur einer in den Augen der Öffentlichkeit sehr abstrakten und fernen Institution wie der Zentralbank schaden. Aber die Dinge sind nicht so einfach, wie sie scheinen. Würde eine Annullierung, wie die jetzt geforderte, durchgeführt, würde sie folgendes ans Tageslicht bringen. Erstens, dass die Zentralbanken sich darauf beschränkt haben, Geld zu schaffen und es über die Finanzmärkte in das System zu pumpen, was einige wenige Leute exorbitant reich gemacht hat, ohne langfristig nennenswerte reale Effekte zu erzielen (abgesehen von der künstlichen Senkung der Zinssätze und der gleichzeitigen Zerstörung der effizienten Allokation der produktiven Ressourcen).<sup>44</sup> Der Aufschrei der Bevölkerung gegen diese Politik würde bei einer solchen Duldung ein solches Ausmaß erreichen, dass die Zentralbanken zweitens nicht nur ihre gesamte Glaubwürdigkeit,<sup>45</sup> sondern auch die Möglichkeit verlieren würden, ihre Politik der

---

<sup>44</sup> Es ist eine wahre Tragödie, dass Experten, Politiker und Bürger vergessen haben, dass der wichtigste aller Preise und damit derjenige, der am transzendentesten ist, und daher vom freien Markt festgelegt werden sollte, der Zinssatz oder der Preis für gegenwärtige Güter in Relation zu zukünftigen Gütern ist. Er kann nicht ungestraft von Regierungen und Zentralbanken manipuliert werden, ohne die Wirtschaftsrechnung und die korrekte intertemporale Allokation der Produktionsmittel zu blockieren.

<sup>45</sup> Unter anderem wären sie nicht in der Lage, genügend Zentralbankreserven aus dem System abzuziehen, wenn dies in der Zukunft angesichts eines Inflationsschubs notwendig werden sollte, da sie keine Vermögenswerte verkaufen können, nachdem sie diese abgeschrieben haben. Nur im Zusammenhang mit dem unwiderruflichen Übergang zu einem vollgedeckten Bankensystem, das ich in Kapitel IX meines Buches Geld, Bankkredit und Konjunkturzyklen (op. cit., S. 501 ff.) vorschlage, wäre es

Offenmarktkäufe ("quantitative Lockerung") in Zukunft zu wiederholen, da sie durch die Umstände gezwungen wären, sich darauf zu beschränken, Geldspritzen direkt an die Bürger zu geben ("Friedmans Helikopter"), die aus Sicht ihrer Auswirkungen auf die Einkommensverteilung die einzig "gerechten" sind, die aber mangels kurzfristig erkennbarer realer expansiver Effekte das endgültige Ende der Fähigkeit der Zentralbanken bedeuten würden, mit ihrer Geldpolitik die Volkswirtschaften der Zukunft nennenswert zu beeinflussen.

Und in diesem Zusammenhang kann die einzig sinnvolle Empfehlung an die Anleger nur lauten, alle ihre festverzinslichen Positionen so schnell wie möglich zu verkaufen. Denn es ist nicht bekannt, wie lange die Zentralbanken noch einen so exorbitanten Preis für festverzinsliche Wertpapiere künstlich aufrechterhalten werden, wie es ihn in der Geschichte der Menschheit noch nie gegeben hat. Und in der Tat gibt es mehr als genug Anzeichen dafür, dass die aufmerksamsten Investoren, wie Hedge-Fonds und andere, die Derivate und andere ausgeklügelte Techniken nutzen, bereits auf den Zusammenbruch der Rentenmärkte wetten, während sie offiziell nicht aufhören, beruhigende Botschaften und Empfehlungen an die Medien weiterzugeben, wobei sie sich der renommiertesten Kommentatoren bedienen.<sup>46</sup> Dies müssen sie tun, weil sie unbemerkt und zum höchstmöglichen Preis aus den Schuldenmärkten "aussteigen" wollen.

### *3.5. Der "Strohalm:" die Staatsausgaben*

Und so kommen wir zum letzten Rezept, das als fundamentaler Ausweg aus der durch die Pandemie ausgelösten Krise und zur Wiederherstellung der Normalität vorgeschlagen wird: Keineswegs die Staatsfinanzen in Ordnung bringen, auch nicht unproduktive öffentliche Ausgaben verschlanken; keineswegs die Steuerlast senken oder die bürokratische und regulatorische Belastung der Unternehmer

---

sinnvoll, die von der Zentralbank gehaltenen Staatsschulden zu erlassen, um zu verhindern, dass sie zum Inhaber eines bedeutenden Teils der Realwirtschaft wird, wenn, wie ich vorschlage, die Staatsschulden gegen die Bankaktiva getauscht werden, die heute die Sichteinlagen bilanziell ausgleichen.

<sup>46</sup> Siehe zum Beispiel die Litanei von Kommentaren und Empfehlungen zur Geld- und Fiskalpolitik des angesehenen Martin Wolf in der *Financial Times* oder von Paul Krugman selbst in der Wirtschaftsbeilage von *El País*. Es gibt praktisch keine Woche, in der sie nicht mehr Geldspritzen und höhere Staatsausgaben empfehlen.

verringern, damit sie wieder Vertrauen fassen und anfangen zu investieren. Nichts dergleichen, sondern ganz im Gegenteil: maximaler Rückgriff auf die Fiskalpolitik, indem die öffentlichen Ausgaben noch mehr und in exorbitanter Weise erhöht werden. Dabei sollen, so heißt es eindeutig, Umweltinvestitionen, Digitalisierung und Infrastrukturprojekte Priorität haben. Aber diese neue Fiskalpolitik ist prozyklisch und beunruhigend kontraproduktiv. Wenn zum Beispiel ab Sommer 2021 das "Manna" der 140 Milliarden Euro, die Spanien von der Europäischen Union in Geldern gewährt wurden, die nicht zurückgezahlt werden müssen, (von einem Gesamtprogramm von 750. Mrd., die von den Behörden der Union organisiert werden und auf bis zu 1,85 Billionen in Form von Krediten erweiterbar sind), in Spanien ankommen, ist es mehr als wahrscheinlich, dass sich sowohl die spanische Wirtschaft als auch die Wirtschaft des Rests der Europäischen Union bereits selbstständig erholt haben, so dass diese Fonds knappe Ressourcen absorbieren und umleiten werden, die für den privaten Sektor unerlässlich sind, um die notwendigen Investitionsprojekte initiieren und abzuschließen zu können. Diese privaten Investitionsprojekte können aufgrund ihrer echten Rentabilität aus eigener Kraft und ohne öffentliche Hilfen kurz-, mittel- und langfristig ein hohes Volumen an nachhaltiger Beschäftigung generieren. Dies steht im Gegensatz zur Beschäftigung, die durch konsumtive öffentliche Ausgaben erzeugt wird. Diese ist immer prekär und von politischen Entscheidungen abhängig, selbst in pharaonischen Projekten des ökologischen und digitalen "Übergangs". Ganz zu schweigen von der inhärenten Ineffizienz des öffentlichen Sektors, wenn es darum geht, die erhaltenen Ressourcen zu kanalisieren, und der unvermeidlichen politischen Einflussnahme bei ihrer Verteilung, die immer sehr anfällig für die Suche nach und die Aufrechterhaltung der entsprechenden politischen Patronage ist. Wir alle erinnern uns zum Beispiel an das große Scheitern des so genannten "Plan E" zur Erhöhung der spanischen Staatsausgaben, der von der sozialistischen Regierung Zapatero gefördert wurde, um die Große Rezession von 2008 zu bekämpfen. Oder das beklagenswerte Scheitern der Fiskalpolitik der starken Staatsausgabenerhöhung in Japan, die keinen nennenswerten anderen Effekt hatte, als dieses Land zum höchstverschuldeten der Welt zu machen. Kurz gesagt, die Geschichte wiederholt sich immer wieder.

## **Schluss**

Es gibt keine wundersamen Abkürzungen, um aus einer so ernsten Krise wie der durch die aktuelle Pandemie hervorgerufenen herauszukommen. Obwohl sich Regierungen und Währungsbehörden bemühen, sich den Bürgern als deren unverzichtbare "Retter" zu präsentieren, indem sie durch ihre Bemühungen und frenetische Aktivität scheinbar segensreiche Dinge tun. Auch wenn beide, wie die Österreichische Schule gezeigt hat, systematisch ihre intrinsische Unfähigkeit verbergen, die Informationen zu bekommen, die sie brauchen, um ihren Befehlen einen koordinierenden Inhalt zu geben. Obwohl ihr Handeln systematisch unverantwortlich und kontraproduktiv ist, weil sie die knappen Ressourcen der Gesellschaft verschleudern und eine korrekte Ressourcenallokation und eine rationale Wirtschaftsrechnung bei Investitionsprozessen unmöglich machen. Trotz alledem, d.h. trotz der Regierungen und Zentralbanken, wird die Covid-19-Pandemie in ein paar Jahren einfach eine traurige historische Erinnerung sein, die von zukünftigen Generationen bald vergessen sein wird, so wie sich niemand an die viel größeren gesundheitlichen und wirtschaftlichen Verwüstungen durch die "Spanische Grippe" vor einem Jahrhundert erinnerte. Damals wie heute werden wir als Ergebnis unserer individuellen und kollektiven Anstrengungen versuchen, die uns wichtigen Projekte in den Schlupflöchern des freien Unternehmertums und des freien Marktes, die trotz allem noch offen stehen, kreativ voranzubringen.

Madrid, 27. Januar 2021

Jesús Huerta de Soto